

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark 50 Pf. Monat. Eing. Nr. in der Post-Zeitungs-Verzeichn. für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verkauflangs-Anzeigen 20 Pf. In der Expedition abzugeben. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
Zersprecher: Juli 1, Nr. 1598.
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 17. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Viel Lärm um nichts.

Viel Lärm war es, und ganz ist der Lärm auch noch nicht vorbei, aber es ist nur noch der Nachdonner des abziehenden Gewitters.

Und der fürchterliche Lärm um ein paar Worte, in denen, als sie gesprochen wurden, kein Mensch in Deutschland, das ja vom Volke der Decker bewohnt wird, etwas böses witterte. Wir meinen das Begrüßungsgramm, welches der deutsche Kaiser ohne Gegenzeichnung eines verantwortlichen Rathgebers, folglich als einfache Privatperson an den Präsidenten der — beiläufig nichts weniger als demokratischen — Südafrikanischen Bauernrepublik schickte, um ihm zur erfolgreichen Abwehr des von den englisch-afrikanischen Kolonialherren in Szene gesetzten Freibeuterzugs Glück zu wünschen.

Den 2. Januar war das entscheidende Treffen bei Krügerdorp, in welchem die von einem schottischen Abenteuerer namens Jameson geführten, von dem Napoleon-Afrika's, dem Kolonial-Großspekulanten Rhodes unterstützten Fluhstier aufs Haupt geschlagen wurden. Das Telegramm des deutschen Kaisers, das unmittelbar nach dem Eintreffen der Siegesnachricht abgesandt ward, lautete: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe fremder Mächte zu appelliren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatskraft gegenüber den bewaffneten Schaaren, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Dies das Telegramm, das, **fortsetzt** es Freude über den Sieg der Buren ausdrückt, von jedem, der Freiheit und Mannhaftigkeit liebt, gebilligt wurde und gebilligt werden muß.

Aber so bedenklich auch der Satz si duo faciunt idem non est idem für die Justiz ist, die „ohne Ansehen der Person“ urtheilen muß, so richtig ist er für das Handeln des öffentlichen wie privaten Lebens: si duo faciunt idem, non est idem — wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Wenn ein simpler Müller, Schulze oder Meyer vom forschrittlischen Klub Waldeck das Telegramm geschickt hätte, so würde außer den Lesern der „Freisinnigen Zeitung“ niemand davon erfahren haben, und diese wären sehr erbaut gewesen.

Aber es war der Fürst eines großen Reichs, der das Telegramm schickte, und — der Zeitpunkt war außerordentlich verwickelt und kritisch. Man spricht von „kritischen Momenten“, wo große Aktionen sich vorbereiten, wo das Spiel der Kräfte sich zu einer Entscheidung zubehet, wo die Fäden sich zusammenschürzen zum Abschluß einer Tragödie oder zum Knalleffekt einer Komödie.

Und das war ein solch kritisches Moment. Die englische Regierung hatte zwar mit dem Handschreib

auf das Transvaal direkt nichts zu thun, und sobald er an die Öffentlichkeit trat, schüttelte sie ihn auch durchaus korrekt von den Rockschößen; allein daß sie, wäre er zur vollendeten Thatsache geworden, sich seiner gefreut und die Frucht eingekostet hätte, unterliegt keinem Zweifel. Und in anderen Staaten wäre es unter ähnlichen Umständen ebenso gewesen. Politik und Moral sind zwei Dinge, die heutzutage nichts miteinander gemein haben, und von denen das eine dem anderen im Weg ist, ja es geradezu anschließt.

Das Ministerium Salisburg war in einer sehr schwierigen Lage. Zu der Türkei und Kleinasien hatten die Türken-fresser Gladstone und Rosebery sich von den Russen die armenische Frage einrühren lassen, welche die englische Diplomatie in Konstantinopel lahm legte. Dazu kam am Schluß des Jahres der geräuschvolle Streit mit Amerika, den der Chauvinismus des Präsidenten Cleveland den Engländern auf den Hals gebracht.

Lord Salisburg mußte nach irgend einem Anlaß oder Vorwand anschauen, an den sich eine „große Haupt- und Staatsaktion“, eine erlösende, befreiende That anknüpfen ließ.

Da kam das kaiserliche Telegramm. Gefunden!

Für Salisburg war das Telegramm des deutschen Kaisers, ein wahrer Götzensend — ein Geschenk des Himmels.

Freilich, um das zu begreifen, müssen wir erst Einiges voranschicken. Die im frischen Luftzug eines freien Staatslebens abgefeierten Engländer haben auf die deutschen Vettern ob deren leider so lange und so oft bewiesene Unterthanen-Demuth immer mit einiger Minderachtung herabgesehen — das ist nicht zu leugnen — allein im allgemeinen waren sie den Deutschen doch stets sehr sympathisch gestant, und die Bismarck'schen Revolutionen von Oben sind, trotz des Abscheus, den die despotische Aut- und Eisenpolitik Bismarck's der Masse der Engländer einflößte, doch in England freundlicher aufgenommen worden, als in irgend einem anderen Land. Noch besser gestallten sich die Beziehungen beider Länder nach Bismarck's Sturz. Die friedliche Politik Capriotti's fand in der gesammten englischen Presse Zustimmung und Beifall.

Nach dem überraschend-plötzlichen Ende des zweiten deutschen Reichskanzlers und unter dem Fürsten Hohenlohe wendete sich jedoch das Blättchen.

Das persönliche Regiment, den Engländern seit Beginn ihrer Geschichte verhaßt und schon vor dritthalb Jahrhunderten von ihnen zu Boden geschmettert — das Ueberhandnehmen der Polizeiwirtschaft, die systematische Verfolgung politischer Gegner, die Maßregeln zur Unterdrückung der Sozialdemokratie, die Knebelung der Presse, der Wolkenbruch von Majestätsbeleidigungs-Prozessen — das alles wirkte zusammen, um in England einen gründlichen Umschwung der öffentlichen Meinung zu bewirken. Die deutsche Reichsregierung wurde mit der russischen Regierung auf eine Stufe gestellt, und der Kaiser,

seine Kleidung etwas phantastisch zusammengewürfelt. Er hatte erst studiren sollen, dies aber aufgegeben, weil er den Beruf zur Poeterei in sich fühlte. Dadurch war er mit seinen Verwandten in Konflikt gerathen und erhielt sich jetzt selbständig durch schriftstellerische Arbeiten. Nichts konnte ihm gelegener kommen, als das Anerbieten Brambach's. Seit jener Begegnung auf dem Gise, wo er die schlankte Gestalt Clotilde's umfaßt und dann mit seinen Armen aufgerichtet, hatte er die liebliche Erscheinung nicht aus den Augen verloren, ohne ihr ausdrücklich zu werden. Er verehrte sie wie ein Ideal noch immer. Ihr Name war bei der Bazaranzeige genannt worden, und hatte auch ihn hingezogen. Die zarte poetische Art und Weise mit der Rose, wodurch Clotilde ihr Interesse und ihr Dankgefühl für ihn an den Tag gelegt, erfüllte ihn mit solchem stummen Entzücken, daß er jetzt für sein Ideal in heißer Liebe entbrannte. Was konnte ihm erwünschter sein, als eine Einladung in ihr Vaterhaus, wo er vielleicht auch seine Stillverehrte sehen und sprechen konnte?

Brambach trat ein und begrüßte den jungen Mann äußerst herzlich. Als er ihn genöthigt, Platz zu nehmen, setzte er sich, um als egoistischer Geschäftsmann eine Vorlesung zu halten.

Daß der Baron sofort seinem Rufe Folge geleistet hatte, kam einer Annahme der Stelle gleich. Diese mußte als wichtig, wenn auch vorläufig als unbedeutend dotirt geschildert werden, damit sie gut ausgefüllt würde und wenig kostete.

„Ihre Aufsätze“, begann Brambach, „die ich gelesen, haben mir sehr gefallen. Gefälliger, fließender Stil, neuer unterhaltender Stoff, findet immer eifrige Leser. Sind die Situationen originell, pädend, die Personen sympathisch geschildert, so steigert sich das Interesse und erstreckt sich auch auf den Autor.“

zu Beginn seiner Regierung entschieden beliebt in England, ist jetzt kaum populärer als der Jar.

Was wir am Mittwoch aus der sozialdemokratischen „Justice“ wiedergaben, ist wahr: das englische Volk ist im Herzen durch und durch demokratisch.

Unsere deutschen Chauvinisten behaupten, die Unpopulartät Deutschlands in England sei auf englischen Meid und die deutsche Konkurrenz zurückzuführen; und unsere Kolonialherren bilden sich ein, die deutsche Kolonialpolitik habe die englische Eifersucht erweckt. Das sind Kindereien. Es fällt uns nicht ein, der englischen Kolonialpolitik ein Loblied singen zu wollen — bei der Gründung von Kolonien spielen überall und immer die niedrigsten Leidenschaften und die zweifelhaftesten Volkselemente eine hervorragende Rolle — aber eine Kolonialpolitik, die Indien erobert, den Unterbau der Vereinigten Staaten von Amerika gelegt, den Bau Vereinigter Staaten von Australien und Afrika vorbereitet hat, kann doch unmöglich mit Eifersucht und Meid gegen eine Kolonialpolitik erfüllt sein, die der Welt- und Kulturgeschichte fast nur bloß durch die Prozesse Leift und Wehlan angehört.

Freilich, eins muß noch betont werden: nicht bloß die innere, auch die auswärtige Politik Deutschlands hat in England einen sehr üblen Eindruck gemacht. Der unbegreifliche asiatische Dreißund mit Rußland und Frankreich richtete seine Spitze nicht bloß gegen Japan, sondern vornehmlich gegen England. Das leugnen, heißt die sonnenklarsten Thatsachen leugnen. Und in Konstantinopel löste sich Ende November vorigen Jahres Deutschland plötzlich von dem „europäischen Konzert“ los, und verhalf durch seine Fickack Schwenkung der russischen Diplomatie zu einem Sieg über die englische. Das erzeugte natürlich in London keine Gefühle der Freundschaft.

Und in diese verzwickte, verwickelte Lage, diese mit Elektrizität geschwängerte Atmosphäre fiel das kaiserliche Telegramm. Es wirkte wunderbar; und am meisten war wohl der Abend selbst verwundert.

Wer hat nicht schon in heißen Sommer an einem schwülen Tage beobachtet, wie am heiteren Himmel plötzlich ein kleines, kaum sichtbarcs Wölkchen aufsteigt, das rasch wächst, bis der ganze Horizont schwarz umzogen ist und mit Sturm, Donner und Blitz ein heftiges Gewitter herniederzerrast?

So war es hier. Im An hatte sich der politische Himmel umzogen. Und ein verheerendes Gewitter schien losbrechen zu wollen. Und alles um das kaiserliche Telegramm.

Wie ist das zu erklären? Das Telegramm war doch so harmlos?

Nun — ganz so harmlos ist der Wortlaut nicht. Man muß nur genau lesen. Es findet sich in dem Telegramm die Wendung: „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appelliren“

Brambach rückte an seiner goldenen Brille, dann begann er wieder:

„Meine Zeitung hat nun seinen vorwiegend politischen Charakter, es muß aber besonders den Frauen jetzt viel mehr fesselnder Lesestoff geboten werden, als sonst. Ich denke daher diesen Theil zu erweitern. Da indeß die Herstellung des Blattes enorme Kosten verursacht und die Zeit schlecht ist, so würde die Stelle erst dann eine recht einträgliche werden, wenn sich auch der Abonentenkreis erweitert hat. Arbeiten Sie sich auch für den politischen Theil ein, so stelle ich Ihnen den Posten des Chefredakteurs in nahe Aussicht.“

Der Baron hatte als gebildeter Mann Brambach ausreden lassen, ohne ihn zu unterbrechen. Jetzt begann er mit höflichem, aber etwas selbstbewußtem Wesen folgende, mit spitzer, heilklingender Tenorstimme vorgetragene Erwiderung:

„Herr Kommerzienrath! Ihr Anerbieten, sowie Ihre Bedingungen nehme ich um so lieber an, als mir dadurch Gelegenheit gegeben wird, meine Stimme als Kritiker in Ihrem Blatte abgeben zu können. Außerdem habe ich eine Anzahl von Aufsätzen über interessante Tages- und Lebensfragen vollendet, welche ich zur Kenntniß des Publikums bringen will.“ Dabei überreichte er Brambach ein Manuscript. „Sie sehen daher, ich komme, ausgerüstet mit fertigem neuen Stoff, und es soll mir angenehm sein, wenn ich Ihnen auch für den politischen Theil etwas Arbeit abnehmen kann.“

„Das ist mir lieb, und ich betrachte hiermit unser Uebereinkommen bis auf die schriftlichen Formalitäten als abgeschlossen,“ sagte Brambach, indem er sich erhob und dem Baron die Hand reichte. Er ließ dieselbe nicht sogleich los, sondern sagte erst noch seinen Worten die Bemerkung hinzu: „Da Sie nun gewissermaßen zu unserem Hause gehören, so verweilen Sie noch, daß ich Ihnen auch noch meine Familie vorstelle.“ (Fortsetzung folgt.)

32

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von G. W. M. von Walthausen.

Mit der Versicherung fernerer treuer Freundschaft schieden die beiden, im grunde herzlich ungerne mit einander verkehrenden Verwandten.

Wie viele erschütternde Schrednisse es auch Georginen gekostet, sie hatte doch ihren Raub nun wieder und kam nicht mit leeren Händen zurück. Ihr Mann schien wie von einem Alpdruck erlöst zu sein, als er sich wieder im Besitze des Raubes sah. Er arbeitete fast die ganze Nacht, um ihn zu ordnen und Pläne zu entwerfen, ihn in Sicherheit zu bringen. Erst heute hatte er aus schlauer Berechnung wieder eine Anleihe bei seinem Banquier aufgenommen, das Geld sich ins Komtoir bringen lassen und dabei die Bemerkung hingeworfen: er habe zwar in der badischen Lotterie einen ansehnlichen Gewinn gemacht und müsse dabei doch noch Geld borgen.

Anderen Tages wurde das Brambach'sche Haus der Anziehungspunkt für mehrere adelige Personen. Sie kamen zwar nicht per Wagen, sondern zu Fuß, das war aber um so schmeichelhafter für die Brambach'sche Familie, denn jedes wurde von persönlichem Interesse hierher getrieben.

Brambach hatte den neuen Hausdiener Jean Barbo im Hansflur postirt, damit er die Ankömmlinge anmelde und bediene, auch die blonde Christel war auf die Ankunft vornehmer Damen vorbereitet worden.

24.

Der Baron von Nürdorf erschien zuerst und gab seine Karte ab.

Jean hatte die Weisung, ihn in das Empfangszimmer zu führen und seine Anwesenheit zu melden.

Der Baron war ein vierundzwanzigjähriger schlanker Mann mit bloßem Gesicht, langem Haar und einem kleinen Bartansatz auf der Oberlippe. Er war überaus höflich,

und ferner das Wort „Unabhängigkeit des Landes“. An diese Wendung und an dieses Wort wurde angelehnt und aus ihnen herausgelesen, daß „befreundete Mächte“ da waren, bereit, der Burenrepublik zur absoluten „Unabhängigkeit“ von England zu verhelfen, an das sie bis jetzt noch durch — allerdings lose und dünne — Vertragsfäden gebunden ist. Die Verschwörung gegen England war fertig. Und die deutsche Chauvinistenpresse, die seit Jahren von der Isolierung Englands faßelt, die internationale Acht gegen England fordert und das kaiserliche Telegramm als einen England hingeworfenen Fehdehandschuh bezeichnete, lieferte den Kitt zu dieser Monsterverschwörung. Alles klappte, der Heilige Jingo arbeitete so tapfer, wie vorigen September in Deutschland der Heilige Sedan; und Lord Salisbury gelang es, binnen wenigen Tagen einen patriotischen Sturm in ganz England und den englischen Kolonien zu entfesseln, die armenische Frage sich vom Hals zu schaffen, freie Hand zu bekommen und auf Kosten Deutschlands so viel politisches Kapital zu schlagen, daß er für ein paar Jahre genug hat.

Und nun, man hat in Berlin „befriedigende Erklärungen abgegeben“, wie das englische Regierungsblatt herablassend verkündet, von dem kaiserlichen Telegramm wird in vierzehn Tagen kein Mensch mehr sprechen.

Der englische Chauvinismus hat einen Triumph gefeiert, der deutsche eine Lektion empfangen, und den Völkern ist wieder einmal klar geworden, wie heutzutage Kriege gemacht werden können. Denn, hätte die englische Regierung den Krieg gewollt, wie 1870 Bismarck ihn wollte, so würde sie das kaiserliche Telegramm ebenso gut dazu benutzt haben, wie Bismarck damals die angebliche Beleidigung des Königs Wilhelm durch Benedetti. Zum Glück wollte sie keinen Krieg, bloß einen großen Spektakel.

Möge aus dieser Episode von den Völkern die Lehre geschöpft werden, daß sie sich selbst den maßgebenden Einfluß über ihr Schicksal sichern müssen.

Neueste Entdeckungen des Herrn Dr. Ruhland.

Die gestrige Abendnummer der „Deutschen Tageszeitung“ bringt von Herrn Dr. Ruhland, der wissenschaftlichen Leuchte des Bundes der Landwirthe, einen Artikel, der charakteristisch genug ist, um eine weitere Verbreitung zu verdienen. Herr Ruhland, der seine agrarischen Wünsche erst neuerdings als „Sozialpolitik des Vaterlandes“ schon broschürt herausgegeben hat, versteht sich auf das sensationelle Fach und die verblüfftesten Ueberschriften trotz Herrn Maximilian Harden von der „Zukunft“. Der Aufsatz in der „Deutschen Tageszeitung“ führt den effektvollen Titel:

„David Ricardo und Karl Marx — zwei Agrarier“.

Das Agrarierthum dieser beiden Klassiker der Nationalökonomie verspricht der müthige Verfasser seinem geduldrigen Publikum „aus den Quellen, durch Zusammenstellung der betreffenden Zitate als wahr zu erweisen“. Sprüche nicht das Datum dagegen, man würde an einen hübsch gelungenen Aprilscherz glauben.

Und wie legt Dr. Ruhland diesen ernsthaft gemeinten Januar-Aprilscherz, der für seine eigene Kampfmethode so grausam charakteristisch ist, in Szene? Er druckt einige Aussprüche Ricardo's über die Preisbildung des Getreides ab, die mit irgendwelcher agrarischen Besinnung ganz und gar nichts zu thun haben, und formuliert die allgemeine Ansicht von Ricardo dann dahin, daß eine Steigerung in der Lebenshaltung der breiten Volksschicht wünschenswerth erscheine, ein Steigen des Arbeitslohnes aber unabänderlich mit dem Steigen des Preises der Rohprodukte und namentlich mit dem Steigen der Preise für Brotgetreide verknüpft sei. Höhere Geldlöhne der Arbeiter und höhere natürliche Getreidepreise bedingen einander.

Freilich habe Ricardo sich trotzdem nicht für eine Politik der Getreidepreissteigerung, wie sie von den Agrariern heute verlangt wird, ausgesprochen. Aber dieser menschlich verzeihliche Irrthum sei in der mammonistischen Beschränktheit des damaligen Zeitalters, das in der Vermehrung des Reichthums und der Produktion das Endziel einer richtigen Volkswirtschaftspolitik erblickte, begründet gewesen. Sieht man von den falschen Konsequenzen ab, zu denen diese mammonistische Ueberzeugung Ricardo drängt, und hält man sich an die richtige Grundansicht des großen Denkers, „wonach der Fortschritt der allgemein menschlichen Existenz eine Zunahme der Bedürfnisse der Masse und also eine Steigerung des Arbeitslohnes zur Voraussetzung hat, dann führen die sämtlichen Ricardo'schen Schriften mit ebener Konsequenz zu dem Resultat: Der Fortschritt der Nation liegt in der Richtung einer langsam stetigen Steigerung der Getreidepreise! — Also ist David Ricardo ein Agrarier.“

Mit anderen Worten: Ricardo hielt eine Steigerung der Getreidepreise im Interesse der Arbeiter für wünschenswerth, weil durch eine solche Preiserhöhung auch die Löhne und mithin die Lebenshaltung der Masse sich heben würde. Nur weil er für den Profit der Industriellen eintrat, vermochte er die weiteren Folgerungen aus dieser richtigen Grundansicht nicht zu ziehen.

Herr Ruhland versteht es seine Nationalökonomie auf das Niveau der berüchtigten Livoliersammlung herunterzubringen. Jeder ist im Namen der Wissenschaft wohl selten getrebt worden. Wenn Ricardo davon spricht, daß bei einer Steigerung der Getreidepreise die Löhne gleichfalls steigen müssen, so meint er, wie er immer wieder von neuem erklärt, damit die Geldlöhne. Der Preis der Waare Arbeit richtet sich, das ist Ricardo's allgemeiner Satz, ebenso wie der Preis aller übrigen Waare nach den Produktionskosten. Die Produktionskosten der Waare Arbeit lösen sich in die Ausgaben des Arbeiters für die notwendigen Lebensmittel auf. Mit dem Preise dieser Lebensmittel, also auch des Getreides, steigen die Produktionskosten der Arbeit und damit ihr Preis. Der Arbeiter muß, um sich am Leben zu erhalten, eine größere Geldsumme in Lohnform beziehen, aber mit dieser größeren Geldsumme kann er eben wegen der Vertheuerung der Lebensmittel sich keine reichlicheren Unterhalt verschaffen als früher. Seine Lebenshaltung ist also durch eine Lohnsteigerung, die als Folge einer Preiserhöhung des Getreides austritt, um nichts gebessert. Ja noch mehr, Ricardo hebt ausdrücklich (S. 82 seines von Baumstark übersetzten Hauptwerkes) hervor, daß bei Getreidepreis-Erhöhungen die Geldlöhne voraussichtlich sich gar nicht einmal so weit heben werden, um dem Arbeiter ebenso viel Genußmittel als vorher zu verschaffen. Der Arbeiter wird dann also, sagt er wirklich, der Sache nach schlechter gezahlt. Steigerungen des Getreidepreises wirken folglich nach Ricardo dem wünschenswerthen Ziele einer Hebung der materiellen Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung direkt entgegen, befördern jedenfalls dieses Ziel in keiner Weise.

Der wirkliche Ricardo behauptet also das strikte Gegentheil von dem, was Ruhland unverständlich als die „eherne Konsequenz aller Ricardo'schen Schriften“ erklärt. Und Ricardo behauptet nicht nur, er beweist seine These.

Im Bewußtsein dieser gelungenen Musterleistung macht sich Ruhland dann an Karl Marx, bei welchem die „Beweisführung weit leichter ist“. Marx hat nämlich im demokratischen

Verein zu Brüssel 1849 eine Rede gehalten, in der er die erbärmliche Heuchelei des gegen die Kornzölle philantropisch delamirierenden englischen Fabrikantenthums geißelt. Die Antiformliga in England trieb eine freihändlerische Demagogie, die in der Wahl der Mittel nicht wäherischer war als heutzutage die schutzöllnerische Demagogie des Bundes der Landwirthe. Wie heute die deutschen Herren Großgrundbesitzer dem kleinen Bauer, dessen Scholle kaum ein Ueberschußprodukt für den Verkauf liefert, goldene Berge von einer Verschärfung der Kornzölle und einer damit verbundenen Getreide-Preissteigerung versprechen, so versprachen damals die englischen Herren Fabrikanten dem Bruder Arbeiter goldene Berge von der Aufhebung der Kornzölle und einer dadurch bewirkten Getreidepreis-Erniedrigung. Großgrundbesitzer und Fabrikant wußten in beiden Fällen ganz gut, was sie thaten. Wie jene an hohen, so sind diese an niedrigen Getreidepreisen interessiert, sofern man mit den Nationalökonomien und Ricardo annimmt, daß eine Senkung der Getreidepreise eine Senkung der Arbeitslöhne nach sich zieht. Eine Folge, deren Eintreten in Wirklichkeit übrigens durch mannigfache gegenwirkende Tendenzen natürlich verhindert werden kann und außerordentlich oft thatsächlich verhindert wird. Jedensfalls glaubten die englischen Fabrikanten, daß mit dem Kornzoll auch der Arbeitslohn fallen und der Gewinn entsprechend steigen werde, aber in der populären Agitation stellte man die Sache so dar, als sei der ganze Feldzug nur dem Bruder Arbeiter zu liebe unternommen, dem aller Vortheil aus dem billigen Brotpreis zufließen müsse. Die scheinliche Widersprüche dieser Freihandelspropaganda deutete Marx auf. Freihandel, ruft er, bedeutet Freiheit des Kapitals, und wird in diesem Sinne von dem Fabrikantenthum verlangt. Freiheit des Kapitals bedeutet aber freie Entfesselung aller Tendenzen, die in dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft liegen. Mit der beschleunigten Entwicklung des Kapitalismus entwickelt sich aber in beschleunigtem Maß der Widerstreit aller Kräfte, die das Geseß dieser gesellschaftlichen Organisation sprengen und die Bahn für den Sozialismus frei machen werden. Die Entwicklung ist zugleich revolutionäre Entwicklung, und nur in diesem Sinne, erklärt Marx, stimme ich für den Freihandel. Der Arbeiter wird sehen, daß das frei gewordene Kapital ihn nicht minder zum Sklaven macht, als das durch Zollschranken belästigte. Glauben Sie aber nicht meine Herren“, fügt er hinzu, „daß wenn wir die Handelsfreiheit kritisieren, wir die Absicht haben, das Schutzollsystem zu verteidigen. Man kann den Konstitutionalismus bekämpfen, ohne darum ein Freund des Absolutismus zu sein.“ Uebrigens ist das Schutzollsystem nur ein Mittel, um die Großindustrie und damit den Kapitalismus mit allen den ihm innewohnenden Tendenzen heranzuziehen. Der Freihandel ist die dem erwachsenen — unter der Hülle der Schutzölle erwachsenen — Kapitalismus entsprechende Konstitution.

Wäre aber Karl Marx, so meint Herr Ruhland, kein Revolutionär und stände er auf dem Boden der heutigen Rechts- und Wirtschaftsordnung, mit der Absicht, sie zu erhalten und zu bessern, statt sie zu zerstören, er wäre als zweiter Disraeli Führer der Agrarier. Und in diesem Sinne schließe ich mit der Behauptung: die beiden weitaus bedeutendsten Nationalökonomien, welche die Erde je getragen hat, David Ricardo und Marx, waren Agrarier. „Wäre“ und „war“, wirklich mit bewundernswürdiger Kraft setzt Herr Ruhland's Logik über die breitesten Wassergräben hinweg.

Selbstverständlich liegen die Dinge heute in der ganzen Welt anders als in dem England der vierziger Jahre. Der Kapitalismus, dessen Entfesselung durch den Freihandel Marx im Jahre 1849 begrüßte, hat heute seinen Siegeszug über alle Länder der zivilisirten Welt ausgebreitet. Der etablierte und gefestigte Kapitalismus der modernen Welt paßt sich mit gleicher Geschmeidigkeit dem Schutzoll wie dem Freihandel an. Oder sind etwa die schutzöllnerischen Vereinigten Staaten und das schutzöllnerische Deutschland den destruktiven Tendenzen kapitalistischer Entwicklung weniger unterthan, als das freihändlerische England? Das Schicksal geht seinen Gang, und Marx wäre der Erste, heutzutage die Utopien zu verlassen, welche die Rechts- und Wirtschaftsordnung dadurch erhalten zu können meinen, daß sie sich in schutzöllnerischen Preisstrebereien einlassen. Herr Ruhland stellt sich aber, als würde Marx eine solche Politik noch heutzutage als eine konservative Macht anerkennen, als würde er, wenn er aus seiner revolutionären Verbrennung nur herauslönnte, in einer solchen Politik das Konservierungsmittel und Besserungsmittel der heutigen Gesellschaft erblicken.

Herr Ruhland versteht die Kunst des Lesens. Wir hoffen auch noch mit der Zeit Fortschritte darin zu machen und vielleicht zum ersten April „aus den Quellen durch Zusammenstellung der betreffenden Zitate“ an der Hand von Ruhland's eigenen Schriften den „Beweis zu liefern“, daß er ein verkappter Sozialdemokrat, womöglich gar ein großer ökonomischer Denker ist. Den Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ gratuliren wir schon heute.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Januar.

Der Reichstag hat heute seinen ersten „großen Tag“ in dieser Session. Ein „großer Tag“ ist eine Sitzung, in der eine Frage behandelt wird, die einen großen Theil des Reichstages stark interessiert. Und zwar persönlich stark interessiert. Das allgemein menschliche Interesse genügt nicht. Wenn einem System der Prozeß gemacht wird, wie es in der Budgetdebatte durch den sozialdemokratischen Redner meisterhaft geschah, so ist das kein „großer Tag“, denn die Majorität des Reichstages ist bei der Sache nicht persönlich interessiert; niemand hat dabei — wenigstens in absehbarer Zeit — einen Groschen zu gewinnen oder zu verlieren. Und das ist das entscheidende. Heute aber handelt es sich um hunderte von Millionen jährlich, die einigen Tausenden gegeben, und den Millionen des arbeitenden Volkes aus der Tasche genommen werden sollen. Der Antrag Kanitz steht auf der Tagesordnung: der Anfang zur Verwirklichung des junkerlichen Zukunftsstaats, in welchem die Edelsten der Nation auf Staats- und Regiments-Unkosten in Saus und Braus der Kulturaufgabe obliegen, das Deutsche Reich zu regieren — mit Sporen am Fuß und der Peitsche in der Hand. Große Geldsummen sind im Spiel — groß mit oder ohne Doppelwährung —, groß ist die Spannung, das Haus ist zum ersten Male voll — es ist ein „großer Tag“.

Graf Kanitz, der seinen Antrag höchstselber begründet, hat ein aufmerksames Publikum. Die Junker hängen ihm am Mund, wie Dido weiland dem Aeneas, und während er den Kopf wie von Gedanken schwer belastet zur Seite neigt, predigt er mit der Beredsamkeit eines Wunderdoktors und der Glaubensinbrunst eines Religions-Endeckers das weltberühmte Evangelium der Brotvertheuerung. Seine Stimme zittert und Thränen steigen ihm ins Auge, wenn er von dem Nothstand der „armen Bauern“ spricht, denen niemand bisher helfen wollte, die aber durch seinen Antrag im Ru reich und glücklich gemacht würden. Mit unnachahmlichem Scheinernst verteidigt er sich gegen den Vorwurf, daß sein Antrag „sozialistisch“ sei und ist verwundert, daß dies sogar von sozialistischer Seite behauptet werde. Auf die zugereifere Frage, welcher Sozialdemokrat einen solchen Unsin

behauptet habe, bleibt Graf Kanitz die Antwort schuldig. Mit den anderen Thatsachen, die er vorbringt, verhält es sich genau ebenso — nach Feststellung derselben befragt, würde er die Antwort auch schuldig bleiben.

Als Graf Kanitz unter dem wiehernenden Jubel der Seinen endete, erhob sich Herr v. Marschall zur Erwiderung. Und zugleich mit ihm stand der Ackerbauminister v. Hammerstein auf, nicht um zu reden, sondern zu hören. Da hatten wir den Zickackurz leibhaftig vor uns — nicht in einem Leib, sondern in zwei Leibern. Hammerstein — Zick, Marschall — Zack. Wann wird Zick oben sein und Zack unten? Wer weiß? Zick zack — Zack zick — Zickzack.

Marschall sprach von seinem Standpunkte sehr gut — er spielte förmlich mit seinem gräflichen Vordreher, der freilich in der Logik nicht stärker ist als in der Nationalökonomie. Erbarmungslos zerpflicht er das Spinnengewebe der Kanitz'schen Argumentation und zeigt zu gleicher Zeit die Unverträglichkeit des Antrags mit den bestehenden Verträgen. Die Junker unterbrechen wiederholt den verhassten Minister, der ihnen noch niemals so scharf entgegengetreten ist, wie heute. „Aber wie lang wird er noch am Platz sein?“ Und während er sich setzt, richtet der Agrarier Hammerstein sich hoch auf.

Zackzick — Zickzack.

Nach Marschall Graf Galen, der im Namen des Zentrums den Antrag für nicht annehmbar erklärt. Dann Graf Schwerin (Löwisch), ein eifriger Agrarier vor dem Herrn, dessen Name auf der 100 Unterschriften enthaltenden Liste der Antragsteller als zweiter, gleich neben Kanitz prangt. Graf Schwerin ist nur seinen agrarischen Nachbarn verständlich, die einen Kreis — corona, zu deutsch Krone, wird es von eleganten Parlaments-Berichterstellern genannt — um ihn bilden und jedes seiner Worte auffangen, so daß sie einen Sanitätskordon zum Schutz der übrigen Mitglieder des Reichstages bilden.

Herr Riedert, der hinter Schwerin auf der Rednerliste stand, durchbrach mit anerkannterwehener Courage die Sicherheitskette, um einige der agrarischen Redeperlen aufzufangen, die er dann auch in einer ziemlich lebendigen Rede dem Hause zum besten gab. Namentlich die Schlussphrasen, daß der Antrag Kanitz den sozialen Frieden bedeute, gab Herrn Riedert Stoff zu recht wirksamen Angriffen auf die junkerlichen Demagogen, die das Wohl des „Bruder Bauer“ auf den Lippen und das gleiche Wuchergold der Volksauszehrung im Herzen haben.

Um 6 Uhr wurde die Debatte auf morgen vertagt, nachdem Herr v. Bismarck und Graf Bernstorff das Haus in einen Zustand geistiger Lähmung versetzt und unfähig gemacht hatten, für heute noch weitere Reden anzuhören. —

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag zunächst die Wahl des Präsidiums vor. Der bisherige Präsident, v. Köller (kons.) und der erste Vizepräsident, Frhr. v. Peereboom (z.) wurden durch Jurauf wiederergewählt. Die Stelle des zweiten Vizepräsidenten, die in der vorigen Session der inzwischen verstorbenen Abg. Dr. Graf innegehabt hatte, wurde durch den von der nationalliberalen Partei präsentierten Abgeordneten Dr. Kranke besetzt. Sodann brachte der Finanzminister Dr. Miquel den Etat ein. Das im Hause verbreitete Gerücht, Dr. Miquel würde in diesem Jahre nicht selbst die üblichen Erläuterungen zum Etat geben, da er durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei, war insofern übertrieben, als man dem Minister höchstens eine lagenjämmerliche Stimmung anmerkte. Und wie sollte es auch anders sein? War ihm doch die schwierige Aufgabe zugefallen, die Preßstimmen verschiedener ihm nahestehender Zeitungen zu dementiren und gegenüber der von dieser Seite beliebten Schwarzmalerei klipp und klar zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Finanzlage des Bundes äußerst günstig sei; daß sicher kein Defizit, vielleicht sogar ein kleiner Ueberschuß erwartet werden könne. Wie nicht anders zu erwarten, war die Stimmung im Hause „lustlos“; nur selten wurde die zweifelhafte Rede des Ministers durch eine Beifallsäußerung der Rechten unterbrochen. Als aber Herr Miquel betonte, daß die Ausführung der Rückzahlung der Grundsteuer-Entschädigung in lokalster Weise gehandhabt sei und nur einen geringen Ueberschuß erbrachte habe, da wachten selbst die Agrarier aus ihrem Schlummer auf, um dieses Bekenntnis mit einem freudigen Lachen zu begrüßen. Andererseits erregte es die Heiterkeit der Linken, als Miquel erklärte, die preussische Regierung sei in der Befehung der Nichterstellen niemals karg gewesen. Im übrigen bot die lange Rede wenig Neues. Hervorzuheben wäre höchstens, daß für den Umbau der Charité eine Anleihe von 15 Millionen aufgenommen wird, die ersetzt werden soll aus der Veräußerung des Botanischen Gartens. Die Regierung hat nämlich, wie Dr. Miquel erklärte, keine Veranlassung, der Stadt Berlin, die schon den Thiergarten besitzt, noch diesen Park zu schenken; wenn der Reichshauptstadt so viel daran liege, so möge sie den Botanischen Garten kaufen. Daß sich durch die Rede des Finanzministers wie ein rother Faden die Reichs-Finanzreform zog, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß Dr. Miquel von der Durchführung dieses seines Lieblingswunsches alles Heil erwartet. Am Dienstag wird das Haus mit der ersten Berathung des Etats beginnen. —

Zum Septemberkurs. Heute Nachmittag erschienen in der Buchhandlung von Hans Baake, City-Passage, Beamte der politischen Polizei, die auf telegraphische Anweisung der Staatsanwaltschaft in Breslau nach dem bekannten „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats“ handsuchten. Gesunden und beschlagnahmten 643 Exemplare. Das Buch ist seit drei Jahren ungestört in mehreren tausend Exemplaren verbreitet worden.

Wir waren vor mehr als Jahresfrist in der Lage, mitzutheilen, daß der Kaiser sich Herrn v. Lucanus gegenüber sehr unwillig über die sozialdemokratische Jugendliteratur äußerte. Herr Diez, der in Prozeß gegen Sozialdemokraten so erprobte Staatsanwalt des Berliner Landgerichts I unterzog sich gleich darauf mit größtem Eifer der genauen Lektüre sozialdemokratischer Jugendschriften und überließ hierbei auch nicht das heute beschlagnahmte Märchenbuch. Seine Eifer war aber nicht von Erfolg begleitet, selbst ihm schienen ein Einschreiten gegen diese harmlosen Schriften unmöglich.

Wenn wir auch die Verdienste, die sich gerade die Breslauer Richter in letzter Zeit erworben, sicherlich nicht zu gering anschlagen, so halten wir es doch für unmöglich, daß sie der Beschlagnahme des Baake'schen Märchenbuches befähigt könnten. —

Aus Sachsen. Die Bewegung gegen das Attentat auf das Landtags-Wahlrecht schreitet mit wachsender Stärke fort. Duzende von Versammlungen, alle massenhaft besucht, fanden in den letzten Tagen statt, und Duzende von Versammlungen sind angekündigt.

Durch ganz Sachsen zirkuliert von heute ab folgende Petition:

Die in Aussicht genommene Veränderung des Wahlrechts zum sächsischen Landtage, welche auf die Umwandlung des gegenwärtig bestehenden direkten Wahlrechts für die II. Kammer in ein indirektes Klassen-Wahlrecht hinzielt, veranlaßt ergebenst Unterzeichneten und Genossen, sich mit dieser Petition an den Landtag zu wenden.

Die Unterzeichneten erblicken in der beabsichtigten Umänderung des Wahlrechts ein unerhörtes Attentat auf das höchste Volksrecht und protestieren gegen jede Verschlechterung des Landtags-Wahlrechts.

Im Interesse des Volkes halten sie dagegen die Erweiterung des gegenwärtig bestehenden Zensus-Wahlrechts zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für unbedingt notwendig.

Die politische Reife des Sachsenvolkes, sowie seine hochentwickelte wirtschaftliche Tätigkeit erfordert dessen eingehendste Anteilnahme an den gesetzgeberischen Arbeiten des Staates. Jede Beschränkung dieser Anteilnahme schädigt aufs schwerste die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes.

Ergebenst Unterzeichnete ersuchen darum den Landtag: unter Ablehnung der von den Sprechern der Kartellpartei gewünschten und von der Regierung im Landtage in der Sitzung vom 10. Dezember 1905 angekündigten reaktionären Wahlgesetzentwürfe die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre ab ohne Unterschied des Geschlechts für die II. Kammer des Landtags zu beschließen. —

Wegen seiner typischen Bedeutung für den Uebermuth des koalirten Unternehmertums im „Jubiläum“ der Errichtung des Deutschen Reiches geben wir an dieser Stelle einen Verammlungsbericht wieder, der uns aus Berlin zugeht. Er lautet:

In der öffentlichen Versammlung aller in der Firmenschilder-Branche beschäftigten Arbeiter, die am Sonntag Alte Jakobstraße 83 tagte, unterzog man die bei der Firma Pochsch bestehenden Verhältnisse einer lebhaften Kritik. Dort sei in letzter Zeit, trotz der fast mustergiltigen Pünktlichkeit der Arbeiter, ein Kontrollmarken-System eingeführt worden, welches zur Folge gehabt hätte, daß einem Maler, der die Annahme der Marke verweigerte, sofort die Entlassung zu theil geworden sei. Weiter wurde mitgeteilt, daß Herr Pochsch an alle dem Verbands der Schilderfabrikanten angehörigen Mitglieder ein Zirkular folgenden Inhalts erlassen habe: „Der Maler Filz ist bei mir heute wegen Verweigerung der Kontrollmarke entlassen worden. Laut gestrigem Beschluß bitte ich, denselben nicht zu beschäftigen, und falls Sie keine eigenen Maler beschäftigen, bei Ihrem betreffenden Meister dahin zu wirken, daß auch dieser den Obgenannten nicht beschäftige. Sollte derselbe bereits in zwischen eingestellt sein, so bitte ich im Interesse unserer Sache um sofortige Entlassung des Arbeiters.“ Auch bei der Firma Kaufmann soll einem Maler bei seiner Entlassung gedroht worden sein, man werde dafür sorgen, daß er nirgends mehr beschäftigt würde. Danach zu schließen — schreibt der Verfasser des Berichtes — scheinen auch in unserer Branche bereits die schwarzen Listen zu zirkulieren. Es ist demnach unsere doppelte Pflicht, uns fest zu organisieren und alle noch fernstehenden Kollegen für den Fachverein der Firmenschilder-Branche zu gewinnen.

In frischem Gedächtnis sind noch die Verurtheilungen, welche Arbeiter über sich ergehen lassen mußten, weil sie im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen den betreffenden Unternehmern den Bezug von Arbeitskräften abzuschneiden suchten. Noch nirgend aber hat man erlebt, daß ein Unternehmer wegen der Verwendung von schwarzen Listen bestraft worden wäre. So ist es denn natürlich, daß das Zirkular des Fabrikanten Pochsch zeigt, mit welcher grenzenloser Frivolität dabei verfahren wird. Jedwede Rücksicht auf den Nächsten wird dabei über Bord geworfen. Nicht genug, daß der Arbeiter wegen einer beliebigen Lappalie dem Glend der Arbeitslosigkeit überantwortet wird, man sucht ihm auch die Möglichkeit zu rauben, wieder in seinem bisherigen Berufszweige Arbeit zu bekommen, ja, man wagt das ungeheuerliche, ihn wegen derselben Lappalie aus der Arbeit hinwegzudenunzieren, die er etwa doch gefunden hätte, und man beruft sich dabei auf einen Beschluß, dem also ein Komplott vorangegangen sein muß. Wie lange noch wird man in den Regierungskreisen dieser Schreckensherrschaft des Unternehmertums thatenlos zuschauen? —

Einen Einblick in das Treiben eines Reptilienblattes gewährt eine Flugchrift, die der bekannte frühere Herausgeber der „Reichsglobe“, Joachim Gehlsen gegen die Zeitung „Post“ veröffentlicht hat. Es geht daraus hervor, daß Gehlsen zehn Jahre lang unter dem Namen J. B. Keller von London aus korrespondiert hat. Herr Gehlsen, der kurz nach Erlaß des Sozialistengesetzes in der Schweiz „tüchtig draußlos wählte“, indem er die deutschen Arbeiter in der „Tagwacht“ offen zum gewaltsamen Widerstande gegen die deutsche Regierung aufforderte, hat also mit Wissen der Redaktion für das berüchtigte Organ des Herrn von Stumm Artikel geschrieben. Die „Post“ und Herr Gehlsen waren einander werth. Und Herr Gehlsen könnte noch heute bei der „Post“ im warmen Nest sitzen, wenn nicht infolge einer Polemik, in die er mit der „Kölnischen Volkszeitung“ geriet, weil er sich der als Schlittensfahrer bekannten Londoner Schwindlerbande angenommen hatte, sein wahrer Name in die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Da hielt die gegenwärtige Redaktion der „Post“ es für gerathen, das Verhältniß zu kündigen. Nun tobt Herr Gehlsen gegen die „Post“ los. Aus einem von Gehlsen veröffentlichten Briefe geht hervor, daß nicht nur der frühere Redakteur der „Post“, Herr Kayhler, sondern auch der gegenwärtige, Herr Stoddel, über die Persönlichkeit ihres Korrespondenten genau unterrichtet war. Herr Stoddel schreibt nämlich:

„Daß mir Feindseligkeit gegen Sie fern liegt, brauche ich wohl nicht zu betonen. Ich würde auch, wenn Sie die Kampagne gegen Menschel unter dem Namen Keller hätten führen wollen, das als Ihr Privatgeschäft betrachtet und mich nicht eingemischt haben; mit einer Kampagne Gehlsen contra Menschel liegt die Sache leider anders.“

Die Kündigung der langjährigen Verbindung Gehlsen's mit der „Post“ wäre das einzige, was die Öffentlichkeit an diesem Zwist interessiert, wenn nicht Herr Gehlsen noch einen Brief des Herrn Kayhler, des früheren Chefredakteurs, veröffentlicht hätte, der sich über seine Dinausdrängung aus der Redaktion der „Post“ beschwert. Er schreibt nämlich: „Wenn ich mich über etwas recht beklagen kann, so ist es höchstens die Regierung, der ich einst zwanzig

Jahre immerfort Gefälligkeiten und Dienste erwiesen, ohne auch nur den geringsten Dank davon zu haben. Nun, so bin ich ihr auch keinen Dank schuldig.“

Herr Gehlsen fügt diesem Bekenntniß einer schönen Seele noch die Nachschrift hinzu:

„Die mir Herr Dr. Kayhler weiter mitgetheilt hat, um das Stücken Mensch in ihm selbst zu retten“, hat er sich besonders dagegen aufgebracht, daß Herr von Ziedemann allzu oft im Auftrage des Reichs-Kanzlers mit einem Ulaß erschienen, der ihm als bestimmt für die jeweilige Haltung der „Post“ vorgelesen wurde. Herr von Ziedemann hat diese klassischen Schriftstücke nach Verlesung stets wieder mit sich genommen, sodaß dieselben leider der Geschichte entzogen blieben.“

Und der Gehlsen und der Kayhler, das sind die Art Leute, die in der „Post“ den Kampf für Ordnung, Sitte und Religion“ gegen die Sozialdemokratie führen, natürlich aus tiefinnerster Ueberzeugung, und die dann ihren Groll über ihr Reptiliendasein Luft machen, um das Stücken Mensch in ihnen selbst zu retten.“ —

Der Soldatenexzeß zu München. Das königliche Militärgericht zu München verurtheilte den Lieutenant Schoeffer in München, der in der Sylvesternacht dem Sergeanten Fech die von letzterem geforderte Patronen mit scharfen Patronen ins Pochschrot mitgab, wegen Dienstpflichtverletzung als Wachhabender zu 30 Tagen Stubenarrest.

Streng aber gerecht! —

Grenzregulierung in Hinterindien. Zwischen England und Frankreich ist endgiltig ein Abkommen getroffen, nach welchem England einwilligt, daß der Mekong-Fluß die Grenze zwischen den britischen und französischen Besitzungen von Nord-Siam bis zu den Grenzen des chinesischen Reiches bilden, und Siam der einzige Pufferstaat zwischen dem britischen und dem französischen Gebiete sein soll. Dieses Abkommen gilt sowohl in London wie Paris als Beweis für die gegenwärtigen ausgezeichneten Beziehungen zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands. —

Das Rechts-Verhältniß des Transvaal zu England auf Grund des Vertrages von 1884 wird durch eine Reminiscenz beleuchtet, die das Londoner Blatt „Globe“ veröffentlicht:

Ein Mitglied des letzten liberalen Kabinetts, Staatssekretär Buxton, erklärte am 7. Februar 1895, als im Parlament die Stellung der Engländer im Transvaal zur Sprache gebracht wurde, die Regierung sei nicht in der Lage, auf diese Frage einzugehen. Sie halte aufrecht, was am 25. Februar 1890, also zur Zeit des früheren Kabinetts Salisbury Staatssekretär Smith gleichen Antrages gegenüber im Parlamente ausgesprochen habe, indem er darauf hingewiesen habe, daß die zwischen Transvaal und England am 27. August 1884 in London abgeschlossene Konvention einen ausdrücklichen Vorbehalt bezüglich der Souveränität Englands im Transvaal nicht enthalte. Allerdings sei die Zustimmung der Königin zu Verträgen Transvaals mit ausländischen Regierungen vorbehalten. Und dann fuhr Mr. Smith fort: „It is a cardinal principle of that settlement (and this is the point), that the internal government and legislature of Transvaal shall not be interfered with.“ Zu deutsch: „es ist ein Hauptgrundsatz dieser Vereinbarung (und das ist der Punkt, auf den es ankommt), daß eine Einmischung (Englands) in die innere Verwaltung und Gesetzgebung nicht stattfinden soll.“ —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Hamburg meldet uns ein Privat-Telegramm vom 16. Januar, daß der Barbier Martens von der Strafkammer des Landgerichts Altona wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt wurde, weil er beim Besuch des Kaisers in Altona „Hoch die Anarchie!“ gerufen hatte.

Der Journalist, der auf der Tribüne des Abgeordnetenhanfes bei der Arbeit sitzen geblieben war, als das Hoch auf den König von Preußen ausgebracht wurde, und der deshalb von einem konservativen Abgeordneten denunziert wurde und nunmehr einer Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung entgegensteht, soll — Ironie des Schicksals! — ein Redakteur der „National-Zeitung“ gewesen sein. Es ist auch für die harmlosesten Leute gefährlich, unter Palmen zu wandeln, wenn dort Fuchseln liegen.

Wegen Beleidigung des deutschen Kaisers erhielt von der Strafkammer in Stuttgart der 32 Jahre alte Bäcker und Müllergehilfe Kopp vier Monate Gefängnis. Derselbe wurde in einem Orte bei Stuttgart von einem Gendarmen beim Betteln betroffen und auf das dortige Rathhaus transportiert, woselbst er sein Betteln für kein Verbrechen hielt und einen sehr drastischen Vergleich zwischen seinem Betteln und der Kaiser Wilhelm-Stiftung, sowie der Bismarckspende zog, welche beide letzteren ja auch erlaubt gewesen seien. Ein Wort gab das andere und schließlich wurde der „Bettler“ wegen Majestätsbeleidigung denunziert und wie oben vermerkt verurtheilt. —

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Ausschussantrag zu dem Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches angenommen; ebenso den Ausschussbericht über den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1896/97.

— Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bureau-Angestellten. Der Agitationskommission der Bureau-Angestellten Deutschlands ist von dem Vorsitzenden der Reichskommission für Arbeiterstatistik ein Schreiben zugegangen des Inhalts, daß der von der ersten Kommission gestellte Antrag auf Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern beschäftigten Personen, resp. auf Beschlußfassung darüber, den Reichskanzler zu ersuchen, den § 1 der Geschäftsordnung der Kommission für Arbeiterstatistik dahin abzuändern, daß die Kompetenz dieser Kommission auch auf den Beruf der Bureau-Angestellten ausgedehnt werde, in der demnächst stattfindenden Sitzung der Reichskommission zur Berathung gelangen wird.

— Die Umgestaltung der vierten Bataillone soll auf indirektem Wege erreicht werden, wenn die „Kölnische Volkszeitung“ recht hat. Das rheinische Blatt erfährt nämlich, die Militärverwaltung beabsichtige zunächst die nötigen Mannschaften ohne Erhöhung der Präsenzstärke sich dadurch zu verschaffen, daß sie die Militär-Handwerker durch Zivilarbeiter ersetze. Nimmt sie statt der etwa 8000 Militär-Handwerker, die jetzt in der Präsenzstärke mit-

zählen, eben so viele diensttaugliche junge Männer, um die vierten Bataillone damit zu ergänzen, so hat sie die Präsenzstärke von 1898 nicht überschritten, aber doch die Zahl der kriegstüchtigen Mannschaften erhöht. Die Erziehung der Militär-Handwerker durch Zivilarbeiter würde etwa 8 Millionen jährlich kosten; dazu kämen noch die einmaligen und dauernden Ausgaben für Ausrüstung, Unterbringung u. d. der ausgewachsenen neuen Bataillone. Ob dieser Plan schon endgiltig feststeht, läßt das genannte Blatt selbst dahingestellt. —

— Eine seltene Mahnung zur Unparteilichkeit. Beim Beginn der Schwurgerichtsperiode am Landgericht in Halle a. S. hat letzten Montag der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsrath Lebenheim, eine Ansprache an die Geschworenen gehalten: Die Geschworenen wurden darauf hingewiesen, daß sie bei Ausübung ihres Amtes ganz wie der Berufsrichter mit voller Unparteilichkeit ihrer Pflicht der Rechtsprechung zu walten und sich nicht etwa von einer Voreingenommenheit vielleicht aus politischen Rücksichten leiten zu lassen hätten, daß, wenn der Angeklagte der sozialdemokratischen Partei angehört, dies bei Beurteilung seiner That durchaus außer Betracht zu bleiben habe und nicht etwa aus jenem Umstande ein Motiv hergeleitet werden dürfe, des Angeklagten Handlungsweise aus anderen als den geltenden rechtlichen Gesichtspunkten zu beurtheilen oder ihn von vornherein als der fraglichen That verdächtig anzusehen. Es würde unrichtig sein, wenn man den Standpunkt einnehmen wollte, gegen Anhänger der sozialdemokratischen Partei in gewissen Fällen ein Vorurtheil zu fassen lediglich aus dem Grunde dieser ihrer politischen Richtung, wie es auch ebenso unrichtig sei, sittlich bescholtenen Personen als Angeklagten ohne weiteres schon wegen des Umstandes der sittlichen Bescholtenheit eine besondere Qualifikation zu einer strafbaren Handlung zuzutrauen. Nach neueren Erfahrungen habe es sich gezeigt, daß es notwendig erscheine, auf jenen Punkt hinzuweisen.

Schade, daß diese beherzigenswerthen Worte nicht in allen Gerichtshöfen des Deutschen Reiches gehört und beachtet werden können! —

— König Stumm's Anerkennung. Bei den Verhandlungen im Reichstage am 15. d. M. über die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung sagte der Abgeordnete v. Stumm: „Die Berufsgenossenschaften haben ihre Schuldigkeit gethan, aber ihr Einfluß ist heute sehr gering, denn ihre Entscheidungen werden zunächst von den Schiedsgerichten kontrolliert und kommen dann an das Reichs-Versicherungsamt. Die Folge davon ist, daß das Feld der Selbstthätigkeit ein sehr geringes ist. Die Unfallverhütungen sind das einzige Gebiet, auf welchem die Berufsgenossenschaften unabhängig vorgehen können.“ Daß die vielgerühmte berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung in der Praxis überhaupt ist, wissen schließlich auch schon solche Leute, die mit unserer Unfallversicherungs-Gesetzgebung persönlich nichts zu thun haben. Wenn Herr v. Stumm aber weiter sagt, daß die Berufsgenossenschaften ihre Schuldigkeit gethan haben, also auf dem Gebiete der Unfallverhütung, so müssen andere Vertreter der Berufsgenossenschaften über solchen Muth höchst erstaunt sein. Es ist noch ungeheuer viel zu thun. Wird doch seit Jahren mit allen Kräften dahin gewirkt, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ihr Augenmerk mehr auf die Unfallverhütung richten, ohne daß diese Bestrebungen bis jetzt nennenswerthen Erfolg gehabt hätten. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben mit wenigen Ausnahmen Unfallverhütungs-Vorschriften erlassen, aber wo sie bestehen, sind sie theilweise recht sehr der Verbesserung bedürftig. Könnten die Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung vollkommen unabhängig vorgehen, so wäre ihnen das gewiß nicht unangenehm, andererseits aber auf das schärfste zu bekämpfen. Glücklicherweise haben nach § 79 des Unfallversicherungsgesetzes die Arbeitervertreter auch ein gewichtiges Wort mitzureden und obendrein sind nach § 90 a. a. O. die Unfallverhütungs-Vorschriften an die Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts gebunden. Also, Herr v. Stumm: Kopp rechnen gut, soziale Gesetzkennntniß schwach! —

München, 16. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm bei der Berathung der Konversionsanträge den modifizierten Antrag Daller, die Regierung möge die Konversion der vierprozentigen Staatsschuld in eine dreieinhalbprozentige thunlichst bald in Angriff nehmen, soweit rechtliche Bedenken nicht bestehen, nachdem dieser Antrag die Billigung des Finanzministers Riedel erhalten hatte, mit 121 gegen 12 Stimmen an. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf eine dreiprozentige Konversion war abgelehnt worden. —

— Von der Strafkammer in Ulm wurde die Berufung des Rechtsanwalts Pfizer gegen ein schöffengerichtliches Urtheil verworfen und Pfizer in die Kosten beider Instanzen verurtheilt. Bekanntlich wurde Pfizer wegen unrechtmäßiger Titelführung zu 5 M. Geldstrafe verurtheilt. —

Oesterreich.

Mährisch-Ostau, 15. Januar. (N. Fr. Pr.) Der gestern mittags durch einen elektrischen Kurzschluss ausgebrochene Brand auf dem der Nordbahn gehörigen „Hermengiß“-Schachte wurde um 1/11 Uhr nachts nach Einpumpung von ungeheuren Mengen von Wasser und Dampf vollständig gelöscht. Von den sechzehn betäubten Arbeitern, die man nebst den fünfzehn Todten im neunten Horizont gefunden hatte und welche zunächst in das Nothspital auf dem Schachte untergebracht und heute in das Polnisch-Ostauer Krankenhaus überführt wurden, ist einer während der Nacht gestorben, so daß sich die Zahl der Opfer auf sechzehn erhöht.

Von den sechzehn Todten waren neun verheiratet und Familienväter; sieben waren ledig. Gerodete musterhaft war die Haltung der Arbeiterschaft während der Katastrophe. Die Mannschaft beteiligte sich in aufopfernder, selbstloser Weise an dem Rettungswerke.

Ungarn.

Budapest, 15. Januar. Abgeordnetenhaus. Der Führer der Nationalpartei Graf Apponyi entwickelte sein Programm. Er erklärte unter anderem, er wünsche keine Aenderung des Systems, auch keine Aenderung des Wahlgesetzes, er wünsche bloß Verschärfung im Disziplinarvorgehen gegen die Beamten, welche die Wählerlisten zusammenstellen und das Verbot der Theilnahme der Beamten an Wahlaktionen. Der Redner schloß, er denke nicht daran, seine oppositionelle Politik aufzugeben. Ministerpräsident Banffy erklärte darauf, er erkenne die Berechtigung der Vorwürfe bezüglich der Wahlen nicht an; die neue Volkspartei habe die Erregung hervorgerufen, da ihre Bestrebungen auf die Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gerichtet seien. Auch er wünsche, daß eine die Sicherung der Wahlereinheit bezweckende Vorlage über die Gerichtsbarkeit des Obersten Gerichtshofes in Wahlfachen durchgeführt werde. An eine eingehende Revision des Wahlgesetzes könne nicht gedacht werden. —

Frankreich.

— Die Weltausstellung von 1900. Der Minister-rath beschloß, den Plan der Ausstellung für 1900 in seinem ganzen Inhalte aufrecht zu erhalten trotz des gestrigen Beschlusses der Kommission der Deputirtenkammer. —

Türkenausweisung aus Paris. Der Konstan-
tiner Korrespondent der „Daily News“ will aus
„autoritativer Quelle“ erfahren haben, daß die französische Regierung
auf Verlangen der Pforte zugesagt habe, eine be-
deutende Anzahl Türken, die sich, ohne gerade
Revolutionäre zu sein, vor der Tyrannei des
Yildiz-Palastes geflüchtet haben und in Paris
leben, zu „repatriieren“, das heißt doch
wohl auszuweisen. Diese außerordentliche Maßregel
der republikanischen Regierung hänge mit den mysteriösen
Verhandlungen zwischen dem Zaren und dem Sultan
zusammen. Nirgends zeige sich diese Intimität so auffällig als
in Erzerum, wo der Oberkommissar Schakir Pascha und der
russische Generalkonsul trotz des entgegengesetzten der aus-
geplünderten Christen „Bankette und andere Festlichkeiten ver-
anstalten. Der besondere Liebling dieser russisch-türkischen Ge-
sellschaft sei aber niemand anders als der Oberst Ismail Bey,
der „Held der Kreuzkriege von Saffan“.

Wir glauben nicht, daß das Kabinett Bourgeois den türkischen
Wünschen sich willfährig zeigen wird, nicht etwa, weil wir das
radikale Kabinett einer solchen Schandthat für durchaus unfähig
halten, sondern weil das Kabinett damit die Sympathien der
Sozialisten, ohne die es nicht existieren kann, verlieren würde.

Türkei.

Das Petroleummonopol soll nun ein neues
Mittel sein, dem leeren türkischen Staatskassen einiges Geld zu-
zuführen. Die Einführung des Monopols steht fest, es soll aber
nicht vom Staate betrieben werden, sondern so wie der Betrieb
des türkischen Tabakmonopols an eine private Gesellschaft ver-
pachtet werden, welche als Entgelt der Regierung ein Ueberschuß
von ca. 80 Millionen Mark zu 4 pCt. vermitteln soll.

Amerika.

**Einwanderungs-Bureau in den Ver-
einigten Staaten.** Der Bundes-Einwanderungs-Kommissar
Stump in Washington hat seinen Jahresbericht ver-
öffentlicht; er empfiehlt darin, daß der Kongreß streng die un-
bechränkt freie Gründung von Gesellschaften zur Förderung
Bureau verbiete, in denen den neu Eingewanderten Stellen
versprochen werden. Zur Errichtung solcher Bureau's müßte die
Genehmigung des Einwanderungs-Kommissars gegeben werden,
der auch das Recht haben müßte, die Höhe der Gebühr für die
Stellennachweise festzusetzen. Um den während der letzten Jahre
vorgekommenen Vorkäufen vorzubeugen, soll der Einwanderungs-
Kommissar die Befugnis haben, zu jeder Zeit die laufende Ab-
rechnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu prüfen. Die
Bestimmung des jetzt bestehenden Einwanderungsgesetzes, wonach
Verwandte unter sich beliebige Lohn- und Arbeitsverträge schließen
können, soll durch das zu erlassende neue Gesetz nicht abgeschafft
werden, sondern zu recht bestehen bleiben.

**Grenzkreitigkeiten zwischen Argentinien
und Chile.** Eine Depesche aus Lima meldet, daß nach
dort hin aus Santiago gelangene Nachrichten Grenzkreitigkeiten
zwischen Argentinien und Chile dazu geführt haben, daß
eine Abtheilung der chilenischen Armee den Befehl erhielt,
die Pässe in den Nordküsten zu besetzen. Hinzugefügt wird,
Chile zu einem Einvernehmen mit Brasilien gekommen sei. Aus
Washington wird hierzu gemeldet, daß dort weder die
argentinische noch die chilenische Gesandtschaft an das Gericht
eines feindlichen Aktes von Seiten Chiles glaubt. Der brasilianische
Gesandte erklärte, er habe keine Nachrichten erhalten, jedenfalls
glaube er an die Nichtigkeit der Meldung über ein Einvernehmen
zwischen Brasilien und Chile.

Buenos-Ayres, 16. Januar. Die Deputirtenkammer nahm
eine Gesetzesvorlage betreffend die Gewährung einer Zucker-
ausfuhr-Prämie an. Der Senat wird diese Vorlage
wahrscheinlich nicht mehr in der gegenwärtigen Session be-
rathen.

Afrika.

Maffanah, 15. Januar. Ein Rundscharter, welcher das
Lager der Bespinner am Montag Nachmittag verlassen hat,
meldete, daß am Sonntag kein Kampf stattfand, daß der
Feind aber am Montag das Fort Malakka angriff und mit
noch größeren Verlusten als am Sonnabend zurückgeschlagen
wurde. Derselbe Rundscharter sah, daß Kokaris auf der
Verfolgung des Feindes das Fort verließen, und anders
nach der Quelle näheren und den Wasservorrath ergänzten.
Am Montag soll entgegen den Befehlen Meneliks ein neuer
Angriff stattgefunden haben. Nach einer Mittheilung Galiano's
vom Sonntag Abend sind die Verluste des Feindes am Sonn-
abend bedeutend gewesen und es hat am Sonntag kein Angriff
ermächtigt, daß das Gerücht von der Abtretung Zeitah's an
Italien der Begründung entbehrt.

Einem Gnadenerlaß an Militärpersonen

veröffentlicht das am 18. Januar erscheinende „Armee-
Verordnungs-Blatt“. Der Erlaß lautet:

Ich will, um den Tag, an dem vor fünfundsiebzig Jahren
die Neubegründung des Deutschen Reichs erfolgt ist, auch hin-
sichtlich der Armee durch einen Akt der Gnade zu bezeichnen,
denjenigen Militärpersonen, gegen welche bis zum heutigen Tage
im Bereiche der preussischen Militärverwaltung

1. Strafen im Disziplinarwege verhängt sind
oder
2. durch ein Militärgericht auf Freiheitsstrafen von
nicht mehr als sechs Wochen oder Geld-
strafen von nicht mehr als Einhundert-
fünfzig Mark oder beide Strafen vereinigt rechts-
kräftig erkannt worden ist,
diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind und die noch
rückständigen Kosten in Gnaden erlassen.

- Ausgeschlossen von dieser Gnadenerweisung bleiben:
1. die wegen Verleumdung, vorschriftswidriger
Behandlung oder Mißhandlung Unter-
geordneter (§§ 121, 122 des Militär-Strafgesetzbuchs) ver-
hängten Strafen;
 2. Freiheitsstrafen, neben denen zugleich auf
eine militärische Ehrenstrafe erkannt ist;
 3. die gegen Fahnenflüchtige im Ungehorsamsverfahren
verhängten Geldstrafen.

St in einer Entscheidung die Verurtheilung wegen mehrerer
strafbaren Handlungen ausgesprochen, so greift diese Gnaden-
erweisung nur Platz, sofern die Strafe ins-
gesamt das oben bezeichnete Maß nicht über-
steigt.

Soweit in einem der oben bezeichneten Fälle vertragsgemäß
einem der hohen Kontingentsherren das Begnadigungsrecht zu-
steht, bleibt dasselbe durch diesen Erlaß unberührt.

Ich beauftrage Sie, für die schleunige Bekanntmachung und
Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.
Berlin den 18. Januar 1896.

Wilhelm.

An den Kriegsminister. Bronsart v. Schellendorf.

Gleichzeitig meldet eine Depesche aus Schwerin i. N. vom
16. Januar:

„Unlänglich des 25. Gedenktages der Neubegründung des
Deutschen Reichs ist heute ein großherzoglicher
Gnadenerlaß ergangen für Uebertretungen, welche
mit Freiheits- oder Geldstrafen von nicht über
sechs Wochen bzw. 150 Mark belegt waren.“

Parlamentarisches.

Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Dem Reichstage ist der
Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbe-
Ordnung zugegangen.

In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages
wurden heute die Wahlen der Abgeordneten Dr. Voedel
(S. Kassel) mit 7 gegen 4, und Colbus (12. Elsaß-Lothringen)
mit 7 gegen 5 Stimmen für gültig erklärt.

Justiznovelle. Die Reichstagskommission zur Beratung
der Justiznovelle ist gestern nach Schluß der Plenarsitzung ge-
wählt worden und hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Abg.
Dr. Rintelen, Stellvertreter Dr. v. Buchta, Schriftführer sind die
Abgg. Schmidt-Warburg, Stadthagen, Homburg, Weh.
Anderdem gehören der Kommission an die Herren Dr. Ströhan,
Kroener, Brodmann, Lerno (S.); Schall (L.); v. Güttingen, Graf
Bernstorff-Lanzenburg (Np.); Gänther, Dr. Pichsel (Ntl.);
Reimer (Ntl.); von Wolzlegler-Gilzenburg (Pole); Frohme
Sozialdemokrat).

Der Haushaltsetat Preußens für 1896/97 veranschlagt
die ordentlichen Einnahmen auf 1 924 118 169, die ordentlichen
Ausgaben auf 1 859 561 591 M.; die außerordentlichen Ausgaben
auf 79 666 578 M.; es ergibt sich demnach ein Fehl-
betrag von 15 140 000 M., welcher durch eine Anleihe zu
decken ist.

Gegenüber den Veranschlagungen des laufenden Etatsjahres
ergeben für das Etatsjahr 1896/97 die ordentlichen Einnahmen
mehr 57 664 350 M., die ordentlichen Ausgaben mehr 21 067 166
M., die außerordentlichen Ausgaben mehr 17 437 184 M.
Der Fehlbetrag von 1896/97 ist um 19 160 000 M. geringer als
derjenige des laufenden Etats mit 34 300 000 M.

Nach dem festgestellten Haushaltsetat 1895/96 er-
mäßigt sich gegenüber dem Etatsentwurf der
Matrikularbeitrag Preußens um 10 893 852 M.,
während die Ueberweisungen des Reiches an
Preußen sich um 2 780 820 M. erhöhten, so daß der
Fehlbetrag des laufenden preussischen Etats thatsächlich nur
20 625 528 M. betrug, mithin der Etat für 1896/97 nur eine
Ermäßigung des Fehlbetrages um 5 485 528 M.
aufweist.

Der Gesetzentwurf über das Auerbengut bei Renten-
und Anstaltsgütern, eine der Vorlagen für den Landtag,
bildet eine Ergänzung der preussischen Rentengesetz-
und Anstaltsgesetzgebung. Der Entwurf befaßt sich im wesent-
lichen auf den Erlass von Erbtheilungsvorschriften, welche den
Uebergang des Gutes auf einen Erben zu sichern und die Er-
haltung der Bestimmung in wirtschaftlicher Selbständigkeit über
den Tod des Eigentümers hinaus zu bewirken bestimmt sind.

In Auerbengütern werden, nach dem Entwurf, durch Ein-
tragung der Auerbenguts-Eigenschaft im Grundbuche:

1. alle Rentengüter, welche nach dem Gesetz, betreffend die
Beförderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891,
durch Vermittelung der Generalkommission
begründet sind oder künftig begründet werden, oder der
Rentenbank rentenpflichtig geworden sind oder
künftig werden;
2. alle Rentengüter, welche vom Staate in Gemäßheit des
Gesetzes über Rentengüter vom 27. Juni 1890 begründet sind
oder künftig begründet werden;
3. alle Anstaltsgüter, welche nach dem Gesetz, betreffend
die Beförderung deutscher Anstaltsgüter in den Provinzen West-
preußen und Posen vom 26. April 1888 zu Eigentum aus-
gegeben sind oder künftig ausgegeben werden.

Die Eintragung im Grundbuche erfolgt zu 1: auf Ersuchen
der Generalkommission, zu 2: der Behörde, welche den Staat
bei Errichtung des Rentengutes vertreten hat, zu 3: der An-
staltsguts-Kommission.

Die Vertheilung des Auerbengutes sowie die Abveränderung
von Theilen desselben kann rechtswirksam nur mit Genehmigung
der Generalkommission erfolgen. Das gleiche gilt für die Ver-
änderung im ganzen.

Der Eigentümer hat das Recht, über das Auerbengut unter
Lebenden und von Todeswegen zu verfügen, von obiger Aus-
nahme abgesehen.

Das Auerbengut stellt sich als persönlicher
Anspruch des Auerben dar, Inhalt dessen dieser bei der Erb-
theilung von den Miterben die Ueberlassung des Gutes nach
Möglichkeit ist, daß, wenn die in Anspruch zu bringenden Erb-
theile durch das außer dem Auerbengute vorhandene
Vermögen gedeckt werden, der Auerbe ein Drittel des Wertes
des Auerbengutes als Voraus erhält. Kommen dabei den Mit-
erben Erbtheile zu, die den Betrag von 30 M. in einzelnen
übersteigen, so können sie diese nur in fester, unveräußerlich
unlöslicher Geldrente — die Erbfindungsrente — beanspruchen.
Diese entspricht dem 25fachen Theile des den Erbtheil aus-
machenden Kapitals.

Partei-Nachrichten.

An die Frauen und Mädchen Pankow! Seit der
Schließung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins ist in
Pankow nichts geschehen, um die Auswärtsarbeit unter dem
weiblichen Proletariat zu fördern. Dieser schädliche Zustand des
Abwärtens muß wieder eifriger zielstarrer Agitationsfähigkeit
weichen. Zu diesem Zwecke wird Sonntag, den 19. d. M.,
nachmittags 3 Uhr, in Pankow, Wollankstr. 113 (Nordstern),
eine Volksversammlung für Männer und Frauen ab-
gehalten werden, mit einem Vortrage über: „Das Recht der
Frau in heutigen Klassenkämpfen.“ Genossen Pankow,
sorgt dafür, daß eure erwachsenen weiblichen Angehörigen
sämmtlich diese Versammlung besuchen.

Der Kampf gegen die sächsische Reaktion. In ganz
Sachsen werden eifrig Unterschriften zu der Petition an den
Landtag gegen die „Wahlrechtsreform“ gesammelt; daneben wird
ohne Unterlaß das Volk auch zu scharfem Protest gegen die
Verkammerung seines wichtigsten Rechtes aufgerufen; außer der
gewaltigen, bereits gemeldeten Demonstration in Dresden,
wo Bebel, Liebknecht und Goldstein sprachen, haben in
Wilkau, Grimmitzschau, Reichenbach, Ober-
reichenbach und Wurzen große Volksversammlungen statt-
gefunden, die alle mit einer einstimmigen Verurtheilung des
reaktionären Attentats endeten.

In Salschwitz im Wahlkreis Merseburg wurde am 12. Januar
eine sehr besuchte Versammlung abgehalten, wo
Reichstags-Abgeordneter Buch aus Mülhausen i. E. unter Beifall
über die wirtschaftliche und politische Lage sprach. Nach dem
Vortrage wurde einstimmig eine Resolution angenommen,
woraus die Versammlung sich mit den Ausführungen Buch's voll-
ständig einverstanden erklärte, weiter der Ueberzeugung Ausdruck
gab, daß das Wachstum unserer Partei durch die neuesten
scharfen und auch durch künftige noch schärfere Maßnahmen der
Behörden nicht aufgehalten, sondern befördert werden wird. Dann

spricht die Versammlung über die von der sächsischen Kammer-
majorität geplante Beschneidung des Landtags-Wahlrechts
ihre Entrüstung aus und versichert die sächsischen Parteigenossen
in dem Kampfe mit den Reaktionen ihrer Sympathie. Zum
Schluß der Resolution heißt es: „Im Hinblick auf die enorme
Schuldenlast der Stadt Schleuditz und im weiteren Hinblick
darauf, daß das neuerstandene Deutsche Reich in keiner Weise
den Wünschen und Hoffnungen der breiten Masse des deutschen
Volkes Rechnung getragen hat, protestirt die heutige Versamm-
lung ganz entschieden gegen die Bewilligung von Geldern aus
dem Stadtsäckel zur Verherrlichung des 18. Januar.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung der Stolberger Polizei wurde der
Herausgeber und Redakteur des „Aachener Volksblatt“,
Genosse Krewinkel, zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Das
Vergehen ist in der Kritik gefunden worden, die an die Mit-
theilung geknüpft war, daß die Stolberger Polizei drei Arbeiter
als angebliche Mörder des Direktors des Eisenwerks in Düttlingen
in Luxemburg verhaftet hätte, während der Direktor gar nicht
ermordet worden war.

— Wegen des Weihnachtsartikels hat der
Staatsanwalt Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur
der „Aachener Arbeiter-Ztg.“ in Dortmund erhoben, weil
Anzeige der Bevölkerungsklassen gegen einander (§ 150 des Str.-G.-B.) darin enthalten sein soll. Ein Verhör
des Angeklagten hat bereits stattgefunden.

— Aus Zwickau berichtet die „Sächsische Arbeiter-Ztg.“:
Trotz des entschiedenen Protestes, den der Reichstag gegen die
in Sachsen beliebte Auslegung des „groben Unfug-
Paragraphen“ gegen die Verbreiter sozial-
demokratischer Flugblätter erhob, haben abermals
Bekanntnisse von der biesigen Amtshauptmannschaft Straßmünde
erhalten, wegen Verbreitung des letzten Protest-Flugblattes gegen
den Wahlrechtsentwurf. Wir sind überzeugt, daß diese Straf-
mandate zu unrecht erlassen wurden. Sollten sich wirklich in
Sachsen Gerichte finden, welche die Auffassung der Amtshaupt-
mannschaft abermals theilen, so wird eben der Reichstag eueriglich
dafür sorgen müssen, daß die Reichsgesetze nach seinem Willen
ausgelegt werden.

— „Profit Neujahr.“ Das Jahr 1896 hat für das
„Norddeutsche Volksblatt“ in Bant gut angefangen. Gleich in
den ersten Tagen trat Genosse Schicht, weiland Redakteur des
Blattes, eine 14tägige Gastpraxe an, die er aus dem vorigen
Jahre mit herübergenommen. In der vorigen Woche wurde
Genosse Jung, der derzeitige Verantwortliche, vom Landgericht zu
Eldenburg zu 600 Mark Geldstrafe verurtheilt und gestern wurde
wieder Genosse Schicht wegen einer Preßfälschung vom Schöffens-
gericht zu Jever zu 100 Mark verurtheilt.

Gewerkchaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen aller Werkstätten
werden aufgefordert, dem Unterzeichneten sofort Mittheilung
zugeben zu lassen, wenn die Fabrikanten am Sonn-
abend, den 18. Januar feiern lassen, ohne da-
für Lohn zu zahlen. Der Vertrauensmann der Berliner
Metallarbeiter, Otto Näther, N., Anklamerstr. 44.

Achtung, Klempner! Dienstag, den 21. Januar, abends
8 Uhr wird Leuthr. 20 eine öffentliche Versammlung
abgehalten. Angesichts der günstigen Geschäftslage soll die Ver-
sammlung darüber berathen, ob eine Lohnbewegung in
diesem Jahre durchführbar und aussichtsvoll
ist. Deswegen hat die Versammlung die Neuwahl eines
Vertrauensmannes vorzunehmen, da der Kollege Jüling
sein Amt niedergelassen hat. Die Kollegen werden daher ersucht,
recht zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Berliner
Metallarbeiter, Otto Näther, N., Anklamerstr. 44.

Ein allgemeiner Droschkenscherstreik ist in Stras-
burg i. E. ausgebrochen. Die Ursache ist eine Verordnung des
Polizeipräsidenten; namentlich wird deren § 5 angefochten,
welcher lautet: „Die Benutzung haltender Droschken hat der
Reihenfolge nach zu geschehen, so daß die in erster Stelle
haltende Droschke zu bestehen ist. Es ist daher unstatthaft, daß
ein Droschkenscher, der nicht als erster hält, vom Halteplatz
aus Fahrten ausführt, so lange der vor ihm haltende Droschken-
scher nicht in Anspruch genommen ist, und ferner unstatthaft,
daß ein Fahrgast sich aus der Droschkenreihe nach Wahl eine
Droschke heransholt.“

Da diese Bestimmung dem Publikum das Recht nimmt, sich
die Droschken auszuwählen, mit denen es fahren will, so wird
der Streik der Kutscher auch von der Bevölkerung unterstützt.

Die Duf- und Wagenschmiede Wiens stehen in einem
beständigen Kampfe um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn-
erhöhung. Ein Theil der Meister hat bewilligt. Mehr als 100
Gesellen sind im Streik. Die Fachkollegen, besonders die Fabrik-
schmiede werden um Unterstützung ersucht. Die Wiener Duf-
und Wagenschmiede haben in allen Lohnkämpfen ihre Pflicht ge-
than, sie hoffen daher nicht umsonst an alle organisierte Arbeiter
zu appellieren. Geldsendungen sind an die Redaktion des „Deiter-
reichischer Metallarbeiters“, Wien IV. Heumühlgasse Nr. 12, zu
richten.

Der Bund der Vergleite von Großbritannien eröffnete
am 13. d. Mts. seine Jahres-Konferenz in Bir-
mingham.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Zabern i. Elsaß, 16. Januar. (Privat-Telegramm.) In
der Verhandlung gegen den „Zaberner Anzeiger“ wurde die
Unterdrückung des Blattes aufgehoben. Die 320 M. Strafe
blieben.

Blankenburg i. Harz, 16. Januar. (W. Z. B.) Im Ober-
harz ist großer Schneefall mit Schneetreiben eingetreten. Stellen-
weise liegt der Schnee meterhoch. Der Verkehr ist vielfach ge-
stört. Der Eisenbahnverkehr Süntersberge—Hasselfelde ist ein-
gestellt.

Treleborg, 16. Januar. (W. Z. B.) Die bereits gemeldete
Verbindung zwischen Treleborg und Sahnin wird wahrschein-
lich am 1. Mai 1897 ins Leben treten; bis dahin sollen die
nötigen Hafenarbeiten in Treleborg und Sahnin fertig sein.

Paris, 16. Januar. (W. Z. B.) Der Senat wählte Coubet
mit 186 Stimmen zum Präsidenten.

Verdanz, 16. Januar. (W. Z. B.) Ein unbekannter, dem
Anschein nach etwa 40 Jahre alter Mann drang auf der Börse
in die Abtheilung der Börsenmakler ein und schlug dort mit
einem biden Stock um sich. Ein Makler wurde ziemlich schwer
verletzt; ein anderer Makler warf sich auf den Mann, welcher
gestürzt und der Polizei übergeben wurde. Bei ihm wurden
anarchistische Schriften gefunden.

Rom, 16. Januar. (W. Z. B.) Gegen das verfassungswidrige
Vorgehen des Kabinetts will die äußerste Linke in einer großen
Versammlung, die am 22. d. M. im Saale der Kammer statt-
finden soll, Protest einlegen.

Rom, 16. Januar. (W. Z. B.) Der Abg. Imbriani brachte
in der Kammer eine Interpellation ein, worin die Regierung
aufgefordert wird, sich wegen der verbrecherischen Vorgänge in
Afrika zu rechtfertigen.

London, 15. Januar. (W. Z. B.) Nach einer bei Loyds
eingegangenen Depesche aus Colais ist auch die übrige Besatzung
des spanischen Dampfers „Cigara“, dessen Untergang heute ge-
meldet wurde, gerettet worden.

London, 16. Januar. (W. Z. B.) Nach einer Konferenz in
Carlisle zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter betr.
den Schiffsbauer-Ausstand wurde bekannt gegeben, daß ein
baldiger Ausgleich fast als sicher gilt.

Reichstag.

17. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Boetticher, v. Marschall, v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der von dem Abg. Graf v. Kanitz und Genossen eingebrachten Resolution wegen Erzielung einer Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe für die Dauer der bestehenden Handelsverträge.

Abg. Graf v. Kanitz: Die Hoffnung, daß die Getreidepreise sich wieder heben würden, hat sich nicht erfüllt. Wir haben mit einem unabsehbaren Tiefstand des Getreidepreises zu rechnen. Der Import ausländischen Getreides nahm immer größere Dimensionen an; er ist von 1893 auf 1894 von 26 auf 43 Millionen Doppelzentner gewachsen. Für 1895 liegt zwar noch keine Statistik vor, aber auch hier ist eine Zunahme höchst wahrscheinlich. Wie die Dinge jetzt liegen, arbeitet der Landmann mit Verlust und wir stehen vor der Alternative, ob die Landwirtschaft, die Grundlage unserer Wehrkraft, erhalten werden oder zu Grunde gehen soll. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will dem Vaterland die Landwirtschaft erhalten (Lebhafte Zustimmung rechts) und auch eine Reihe von Handelskammern, namentlich die Hamburger, gehen zu, daß nur von der Hebung der gesunkenen Kaufkraft der Landwirtschaft eine Hebung des gewerblichen Lebens zu erwarten sei.

Mein Antrag hat gegen den vorjährigen einige Änderungen erfahren auf Veranlassung der wirtschaftlichen Vereinigung, mit denen ich mich schließlich einverstanden erklärt habe. Dabei geht der Zufall des Grafen Schwerin, wonach für die Dauer der bestehenden Handelsverträge zum Zweck einer Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt. Es fragt sich, ob es möglich ist, den Getreidepreis zu finden und festzusetzen, der dem Landwirth eine Existenz ermöglicht. Man muß das nicht, so möge man den Getreidebau einstellen. Diese Frage ist von der größten sozialpolitischen Bedeutung. Auch von sozialpolitischer Seite wird angegeben, daß die Brotpreise nicht in dem Maße gefallen sind, wie die Getreidepreise. Das Wesen der Brotvertheuerung brauchen Sie gegenüber solchen Anträgen nicht zu befürchten. Die praktische Durchführbarkeit unseres Antrages ist schon im vorigen Jahre in der Kommission nachgewiesen. Zweifelhaft war man nur, ob der Antrag mit den Handelsverträgen sich vereinbaren lasse. Die meisten Bedenken haben wir durch den Zufall Rechnung getragen, daß der Antrag in einer der von 1891-94 abgeschlossenen Handelsverträgen nicht widersprechenden und mit den beteiligten Staaten näher zu vereinbarenden Weise durchgeführt werden sollte. Der Import österreichischen Getreides ist seit den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen (Zustimmung rechts), während auf den Weizbegünstigungs-Ländern eine ganz enorme Getreide-Einfuhr nach Deutschland zu verzeichnen ist. Sollte es nicht möglich sein, mit den Vertragsstaaten zu einem Ausgleich zu kommen? Auch Rußland wird mit sich reden lassen. Der rheinische Bauernbund hat auf seiner letzten Generalversammlung die Einführung des Getreidemonopols vorgeschlagen, welches mit den Verträgen auf keinen Fall im Widerspruch steht. Die Regierung hat die Wahl zwischen diesem Vorschlag und dem unserigen. Ich hoffe, sie wird sich für den unserigen entscheiden. Eine sozialistische Tendenz hat unser Antrag nicht. Derselbe Einwand ließe sich auch gegen den Eisenzoll erheben, welcher den Preis des Eisens auf einer gewissen Höhe erhalten will. Ob mein Antrag sich dem sozialdemokratischen Programm nähert oder nicht, ist in dieser Frage gleichgültig. Warum haben die Sozialdemokraten gegen unseren Antrag gestimmt, wenn er ein sozialistischer ist? Nein, die Herren wissen ganz gut, daß der Antrag ein antisozialistischer ist, und auf ihren letzten Parteitagen haben sie es offen ausgesprochen: Zuerst muß der Bauer ruiniert werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ein wirksameres Mittel als unseren Antrag kenne ich nicht; kennen Sie ein besseres, so schlagen Sie es vor. Ich hoffe, daß auch das Zentrum nach der sachverständigen Rinde des Herrn Bacher zum Margarinegeschick auf unsere Seite stellen wird. (Heiterkeit.) Der Bauer weiß am besten, was den Kernpunkt seiner Existenz bildet; er hat seine Stimme warnend erhoben; lassen wir sie nicht unbeachtet! Ich bitte diejenigen, welche die Macht haben, dringend, sich im Lande umzusehen, welche Verheerungen eingetreten sind. Nicht Worte brauchen wir, sondern Thaten. (Beifall rechts.) Der Bauernstand fällt, wenn nicht der Staat seine besten Bürger schützt. Eine Regierung, die das nicht thut, nimmt eine Verantwortung auf sich, die sie nicht tragen kann. (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Ich nehme schon jetzt als Vertreter des Auswärtigen Amtes das Wort, weil dieser Antrag nicht nur das Inland betrifft, sondern geeignet ist, auch unsere internationale wirtschaftliche Entwicklung auf das tiefste zu erschüttern. Die bloße Existenz dieses Antrages erweckt Hoffnungen und Erwartungen, und giebt Anlaß zur Unruhe und selbst zum Mißtrauen des Auslandes. (Widerspruch rechts.) Daß die Lage der Landwirtschaft eine unglückliche ist und daß von einer Nothlage gesprochen werden kann (Lebhafte Zustimmung rechts) ist nicht zu leugnen — von einer Nothlage kann man nicht überall sprechen. (Zustimmung links.) Andererseits hat insbesondere die preussische Regierung Schritte gethan, um diese Nothlage zu beseitigen und der Vorredner kann uns nicht vorwerfen, daß wir nur mit Worten und nicht auch mit Thaten ihr zu Hilfe gekommen seien. Die Nothlage der Landwirtschaft ist in erster Reihe auf die Vertheuerung des Grundbesitzes zurückzuführen. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Ich erkenne aber an, daß die gegenwärtige Nothlage der Landwirtschaft ein Uebel ist und auch die Kaufkraft der übrigen Erwerbstheile schädigt. Bestreiten muß ich aber, daß die Handelsverträge die üble Lage der Landwirtschaft verstärkt haben. Die Einfuhr ausländischen Getreides ist nicht so sehr gestiegen, wie der Antragsteller glaubt; selbst im Jahre 1894 war die Einfuhr ausländischen Roggens nicht höher als 1889. Außerdem fragt es sich doch, ob die Landwirtschaft in einer besseren Lage wäre, wenn die Handelsverträge nicht abgeschlossen wären. Früher glaubten die Herren auf der rechten Seite, daß das Ausland den Getreidezoll trage, davon scheinen sie jetzt abgekommen zu sein. Ich finde, daß der Getreidezoll bei dem Getreidepreise dort am wenigsten zum Vorschein kommt, wo man ihn braucht. Frankreich hat seinen Weizenzoll auf 7 Franks erhöht, und trotzdem zeigt die gestrige Notizung, daß an der Berliner Börse der französische Weizen 148, an der Kölner Börse 150 und an der Pariser Börse 147,20 Mark steht. Gätten wir einen fünffachen Zoll,

so würden wir auch keinen höheren Getreidepreis haben. Gätten wir aber die Handelsverträge nicht, so wäre unsere Einfuhr zurückgegangen und damit die Kaufkraft weiter Kreise geschädigt. (Lebhafte Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Man hat uns damit gedroht, daß, wenn der Antrag Kanitz nicht angenommen würde, man die Aufhebung aller übrigen Zölle beantragen würde. Ich bin für einen ausgiebigen Schutz Zoll für die Landwirtschaft. (Zuruf und Unruhe rechts.)

Das wirtschaftliche und Zollprogramm des Antragstellers besteht in folgendem: Autonomie unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung, Ausnutzung derselben zum Schutz des inneren Marktes, Kündigung der Weizbegünstigungs-Verträge und Schaffung normaler Getreidepreise. (Heiterkeit links.) Der Antragsteller hat seinen Antrag sachlich begründet. Draußen im Lande bedient man sich weniger urbaner Formen. Wer heute nicht für den Antrag Kanitz stimmt, gilt als Manchestermann und man wirft uns vor, daß wir und der internationalen Macht der Börse unterworfen haben. Wir haben nicht nur die Landwirtschaft zu schützen, sondern auch die anderen Erwerbstheile und wir schützen mit der Einfuhr auch die nationale Arbeit. Die deutsche Schiffahrt befindet im Auslande, was deutscher Fleiß und deutsche Kaufkraft vermag, und damit wächst unser Ansehen im Auslande. (Beifall links.) Wir können diese Erwerbstheile nicht gleichgültig behandeln, leiden sie Noth, so hat ein anderer Erwerbstheile davon jedenfalls keinen Nutzen. Ueber die Weizbegünstigung kann man verschiedener Ansicht sein. Jedenfalls giebt es zur Zeit kein anderes Mittel, um einen friedlichen Ausgleich mit fremden Nationen zu finden, und es ist Thatsache, daß Deutschland unter der Leitung seines großen Staatsmannes jetzt vor 25 Jahren einen unklügelbaren Weizbegünstigungsvertrag mit Frankreich geschlossen hat. Der Antrag Kanitz ist handelspolitisch unmöglich, praktisch nicht durchführbar und hat schwere sozialpolitische Bedenken. Es liegt mir fern, den Antragsteller irgend eine andere Gesinnung oder Absicht unterzujstellen, als nach besten Kräften für die Landwirtschaft einzutreten. Graf Kanitz hat zu uns das Vertrauen, daß wir mit unseren Handelsvertrags-Staaten uns über die Sache sehr leicht einigen können. Ich glaube, diese Aufgabe ist nicht lösbar, der Vorredner wünscht nichts anderes, als daß wir den Vertragsstaaten empfehlen, diese Verträge dahin abzuändern, daß ihr importirtes Getreide nicht mit 3,50 M., sondern mit ungefähr dem dreifachen belafet wird. Ferner soll das ausländische Getreide nicht in freie Konkurrenz treten mit dem im Inlande erzeugten Getreide, es soll unserem Monopol unterliegen, indem es nur nach Bedarf in Deutschland zugelassen wird. Was würden Sie dazu sagen, wenn umgekehrt die anderen Vertragsstaaten einen analogen Antrag an uns stellen würden. Ich würde um einen Ausdruck verlegen sein, um einen solchen Vorschlag zu kennzeichnen, und ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß uns die anderen Staaten in ihrem Falle dieselbe Antwort geben würden. Der Antrag steht mit dem Begriff eines Handelsvertrages im Widerspruch, denn er entzieht der fremden Waare den freien Verkehr in Deutschland. Man hat vorgeschlagen, wir möchten die Weizbegünstigungs-Verträge kündigen und die beiden Vertragsstaaten zu ausschließlichen Lieferanten machen. Wie sollen wir feststellen, welche Quoten Rußland oder Oesterreich liefern soll? Wie ist das eine Kontrolle möglich. Die fremden Staaten werden kaum das Vertrauen haben, daß wir nicht doch heimlich argentinischen Weizen einführen. Außerdem gilt im internationalen Verkehr das grausame Gesetz: Wie Du mir — so ich Dir. Der Antrag müthet uns eine Aufgabe zu, die wir schon aus politischen Gründen nicht übernehmen können. Wie soll die Regierung festsetzen, welchen Bedarf das Inland nöthig hat und wie kann sie dem deutschen Bauern einen normalen Preis garantiren? Muß er nicht erbittert werden, wenn er statt des normalen, einen niedrigeren Preis erhält? Schließlich bleibt nichts anderes übrig als das Monopol auch für das inländische Getreide. Dann muß man aber auch dem deutschen Bauern Klar machen, was ihm bevorsteht: Kontingentirung des Getreidebaues und die ihnen so verhasste Kontrolle seitens der Beamten. (Zustimmung links.) Würde aber die Getreideproduktion und die Preisbildung des Getreides eine Gesamtlast des Staates, so würde man auch ein Gesamtrecht verlangen, und das wäre nur Wasser auf die Mühle derjenigen, welche für die Verstaatlichung des Grund und Bodens eintreten. Von der Preisbildung wird doch nicht allein die Lebenshaltung der Landwirthe beeinflusst. Große Gruppen des Volkes besitzen nichts als ihrer Hände Kraft, und ihre und ihrer Familien Existenz hängt ab von der Verkauflichkeit ihrer Arbeit, das heißt von der Höhe ihrer Löhne. (Sehr richtig! links.) Was würden Sie dazu sagen, wenn die Arbeiter „normale“ Löhne verlangten? Der Antrag Kanitz schiebt eine Reihe sehr potenter Ergründungen in seine Färbung ein. Wie wird das bei der Empfindlichkeit des deutschen Rechtsgefühls wirken? Graf Kanitz meint, man könne einem Produzenten nicht zumuthen, unterhalb seiner Produktionskosten zu arbeiten. Dieser Satz in seiner Allgemeinheit ist falsch oder man muß ihn nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auf die gesammte Produktion anwenden, und da sind in erster Reihe noch andere Kreise bedürftiger als die Landwirtschaft. Man sagt: wenn der Bauer Geld hat, hat es die ganze Welt. Das ist gewiß richtig, aber falsch ist es, wenn man sagt: geht nur der Landwirtschaft was sie will, dann kommt ein Strom von Geld in alle Kreise. (Sehr richtig! rechts.) Wenn nun dieser Wechsel auf die Landwirtschaft nicht eingelöst wird, wenn dieser Strom ausbleibt, was dann? Dann würde der Antrag Kanitz unter allgemeiner Erbitterung beseitigt werden; aber unter den Folgen würden wir nachhallig leiden. Man nennt den Antrag ein großes Mittel. Sind denn unsere wirtschaftlichen Zustände so zertrübelt, daß nur noch große Mittel helfen können? (Sehr wahr! rechts.) Damit würden wir nur den Gegnern unserer Staats- und Gesellschaftsordnung die Wege ebnen. (Sehr richtig! links.) Darum stelle ich diesem großen Mittel das Programm der kleinen Mittel entgegen. (Lachen rechts.)

Dieses Programm kann die Landwirtschaft beruhigen und überall nach allen Richtungen helfen und nützen. Wenn die Landwirtschaft fortbäure, dem unerreichbaren Ziel des Antrages nachzustreben, wird sie sich immer mehr in Gegensatz zu allen anderen Kreisen bringen; das Programm der kleinen Mittel darf aber auf die Unterstützung aller produktiven Männer rechnen und wird uns einen lauffähigen, seibstständigen Bauernstand erhalten. Auch andere Erwerbstheile leiden Noth. Der Staat und seine Gesetzgebung vermag nicht alles, was er vermag, kann er unter vertrauensvoller und thätiger Mitwirkung derer thun, welche zu helfen gewillt sind. Je mehr die Landwirtschaft bei ihren Wünschen die ganze Sachlage ins Auge faßt und gleichzeitig den Blick auf das Ganze richtet, je eher die bestehenden Klassen mit gutem Beispiel vorangehen in Selbstbeherrschung und Genügsamkeit (Beifall links, Unruhe rechts),

um so sicherer werden wir (das Ziel erreichen: das Wohl der heutigen Gesellschaftsordnung und aller Erwerbszweige unter dem kräftigen Schutz des Staates und der Gesehe. (Lebhafte Beifall links. Anhaltendes, hartes Rischen rechts.)

Abg. Graf v. Gafen (3.): Ich habe die Stellung meiner Freunde gegen den Antrag darzulegen. Der Antrag liegt zum dritten Mal vor und ist bereits eingehend auf seinen Kern und Inhalt geprüft worden, er ist auch im Staatsrath ausführlich behandelt worden. Es hat sich ergeben, daß er nicht ausführbar und mit den Handelsverträgen nicht vereinbar ist. Daß die Landwirtschaft sehr darniederliegt, wissen wir (Sehr richtig! rechts); es kommt nur darauf an, wie zu helfen ist. Im vorigen Jahre habe ich bereits unsern Standpunkt dahin präzisirt, daß der Antrag nach unserer Ansicht nicht auf christlich-sozialem Boden gewachsen ist und daß aus innerer Konsequenz aus diesem Antrag das Monopol hervorgehen muß. Dieser unser Standpunkt hat sich seitdem sehr geklärt. Die Herren Antragsteller können nach den Ausführungen des Staatssekretärs plattberdig nicht verantworten, daß der Antrag, wie er jetzt vorliegt, möglich sei. Mit innerer Nothwendigkeit muß die Monopolisirung des ausländischen Getreides die Monopolisirung des inländischen Getreides nach sich ziehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Muß der Staat auch das inländische Getreide ankaufen, so muß er auch dafür sorgen, daß der Landmann sein Getreide lagerns baut, dann muß er jedem Landmann einen Polizisten ins Haus geben, der jedem Bauer vorschreibt, wie er seine Aushaat machen soll. Somit gestiftet der Antrag bis in die tiefste Wurzel den letzten Theil von christlich-sozialer Reform. Die weislichen Landwirthe haben sich gegen den Antrag erklärt. Wir haben im vorigen Jahre die Kommissionsberatung beantragt, um zu zeigen, daß wir trotz unseres prinzipiellen Standpunktes gegen den Antrag bereit sind, auf das Eingehende zu prüfen, ob sich nicht doch ein Kern herausfinden läßt, welcher der Landwirtschaft helfen kann. Die Kommissionsberatung hat auch nicht ergeben, daß der Antrag ausführbar und mit den Handelsverträgen vereinbar ist. Die Verhältnisse im Westen und Osten sind so verschieden, daß eine Verstaatlichung zwischen beiden überhaupt nicht möglich ist. Die Nothlage der Landwirtschaft liegt viel weiter zurück, als die Ursachen des Antrages Kanitz, sie beruht auf der Befolgung des Grundsatzes des laissez faire, laissez aller seit Anfang des Jahrhunderts. Es muß eine Dezentralisation stattfinden, die Verhältnisse müssen innerhalb einer jeden Provinz geregelt werden. Die kleinen Mittel würden der Landwirtschaft nützlich sein. Besonders müssen zu Gunsten des Westens die Staffeltarife für Vieh fallen. (Zustimmung im Zentrum.) Es ist kein Zweifel über die Stellung des Zentrums zu dieser Frage. Es ist kein Kommissionsantrag gestellt worden, ich erwarte auch nicht, daß er gestellt wird; sollte er doch gestellt werden, so sagen wir auch nein. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf v. Schwerin-Löwig (1.): Aus der Kommissionsberatung ist der heutige Antrag hervorgegangen. Es fragt sich jetzt nur: billigt man den Zweck des Antrages oder nicht, und wenn man ihn billigt, ist der Antrag durchführbar oder stehen erhebliche Bedenken entgegen? Ich vermeide alle Wiederholung früherer Ausführungen, habe aber auf den Tisch des Hauses eine auf Grund amtlichen Materials der bayerischen Regierung angefertigte Aufstellung über die Weizenpreise auf dem Münchener Volksmarkt niedergelegt. Aus diesen Tabellen sehen Sie die sehr unruhigen Schwankungen der Getreidepreise; jeder starken Bewegung nach oben folgt eine ebenso starke nach unten. Die extremen Schwankungen fallen zusammen mit den politisch-unruhigen Zeiten und mit wirtschaftlichen Krisen. Bei regulären Zeiten hatten die Getreidepreise eine Tendenz des langsamen Steigens, wie sich das ja immer bei allen Kulturvölkern zeigt. Die Linie, welche die Brotpreise bezeichnen, folgt der der Getreidepreise, aber nach unten niemals vollständig, so daß ein erheblicher Unterschied blieb. In Stuttgart waren die Brotpreise den Getreidepreisen gefolgt bis zu dem Moment, wo die Brottagen aufgehoben wurden; da erfolgte eine rapide Steigerung. Nach Urtheil aller Sachverständigen fällt bei jeder Tonne Getreide, ehe es an den Konsumenten kommt, ein Betrag von circa 50 M. als Gewinn ab. Die Schwankungen der Getreidepreise vergrößern den Gewinn der Zwischengewerke, deren Unternehmer sich daher sehr schnell vermehren. Die Beseitigung der Schwankungen würde nur das Gewerbe der Getreidespekulation schädigen. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sträubt sich die Börse gegen den Antrag Kanitz, weil ihr derselbe die Gewinne entziehen würde, die mehr als 100 Millionen anmachen. Das übrige deutsche Volk hat von dem Antrage einen wirtschaftlichen Schaden nicht. Wenn Getreide würde ein Ausgleich der Preise eintreten, beim Brote daneben auch eine effektive Verbilligung. (Zustimmung rechts.) Man hat gesagt, die Bauern würden sich von uns abwenden, wenn sie den wahren Inhalt des Antrages Kanitz erkennen würden. Die Bauern haben nur ein Interesse an stabilen Preisen, ebenso wie die Konsumenten. (Zustimmung rechts.) Ich will nicht den Schein erwecken, als wenn das Interesse der Konsumenten nur vorzugsweise am Herzen liege; die Interessen der Produzenten sind noch viel schwerer ins Gewicht fallend (Sehr richtig! rechts), denn es handelt sich um die Existenz der Landwirtschaft. Das Mißverhältnis zwischen Getreidepreisen und den Produktionskosten wird allseitig anerkannt. Einige Produktionskosten sind ja gesunken, nur die Löhne noch nicht. Die Landwirthe haben zum Theil mit Verlust gearbeitet, aber die Löhne aufrechterhalten, damit die Arbeiter nicht zur Sozialdemokratie übergeben. Aber niedrige Getreidepreise und hohe Löhne vertragen sich auf die Dauer nicht mit einander. (Sehr richtig! rechts.) Da begreifen Sie wohl, weshalb die Sozialdemokraten gegen den Antrag stimmen, obgleich sie andere Parteien damit schrecken möchten, daß sie den Antrag als sozialistisch bezeichnen. Warum wollen Sie denn die wahren Gründe nicht offen ansprechen, ebenso offen wie Karl Marx sich für den Freihandel erklärte, weil durch denselben die soziale Revolution beschleunigt werde? Sie wollen keine gesunde Reform, die der gegenwärtigen Gesellschaft zu gute kommt. (Zustimmung rechts.) Die Begünstigung auf die Handelsvertrags-Staaten ist dahin ausgelegt worden, daß wir den Widerspruch des Antrages mit den Handelsvertrags-Staaten anerkennen; das ist nicht der Fall. Wir wollten nur entsprechend den Erklärungen der Regierung über diese Frage eine Anregung geben, in welcher Weise die Vereinbarung mit den Vertragsstaaten über die Ausführung eines solchen Monopols angehandelt werden kann. (Zustimmung rechts.) Denn die Einführung eines solchen Monopols steht dem Reich unzweifelhaft zu. (Zustimmung.) Dabei könnten die europäischen Staaten, welche Getreide einführen, bevorzugt werden; nur wenn der europäische Getreide-Vorrath nicht ausreichen sollte, sollte man auch außer-europäisches Getreide heranziehen. Der inländische Getreidehandel würde dabei vollständig frei bleiben. Welchen vernünftigen Grund sollten die Vertragsstaaten haben, auch eine Beschränkung des inländischen Handels zu fordern. Die Durchsetzung einer solchen Vereinbarung erfordert nur einen festen Willen. (Zustimmung.) Die Ueberzeugung von der Durchführbarkeit

nurere Vorläge wird kommen, je schwieriger die Zeiten werden. Der Widerstand der preussischen und der verbündeten Regierungen richtet sich gegen etwas ganz anderes als den vorliegenden Antrag; die Regierungen werden sich der Pflicht nicht entziehen können, den Antrag wiederholt neu zu prüfen. Die Beschränkung der Dauer des Einfuhrmonopols auf acht Jahre wird viele Gemüther beruhigen. Wenn die Dauer nicht beschränkt wäre, dann würde man sich doch nicht scheuen, das Monopol schon früher abzuschaffen, wenn es sich nicht bewährt. Im sozialen und wirtschaftlichen Interesse bitte ich den Antrag anzunehmen; derselbe will nicht Unfrieden stiften, sondern den Frieden, und die verbündeten Regierungen haben am allerwenigsten Anlaß, die Tendenz unserer Anträge zu verächtlichen. (Zustimmung.)

Hg. Nisner (fr. Bg.): Ein schöner wirtschaftlicher Frieden würde das werden. (Sachen rechts.) So sehr ich dem Herrn von Marschall dankbar bin für die Bekämpfung des ungeheuerlichen Antrages, so sehr muß ich es bedauern, daß die Volksvertretung der ersten Kulturperiode sich drei Jahre mit diesem Antrag beschäftigen muß. (Sachen rechts.) Freilich wäre das nicht möglich gewesen, wenn man den Antragsteller nicht Konzeptionen gemacht hätte. Einen Antrag, den Herr von Bennigsen als gemeingefährlich bezeichnete, den Graf Galen als rein sozialistisch charakterisierte, hat man an eine Kommission verwiesen. Und welchen Dank hat Herr v. Bennigsen von dem Führer des Bundes der Landwirthe geerntet? Den großen Grundbesitz läßt man ganz bei Seite; man spricht dann immer nur von dem Brander Bauer. Aber die Bauern wollen von den Dingen nichts wissen. Nebenher besetzt sich auf die Auslassung eines Bauern, der sich nicht auf Kosten der anderen Stände bereichern will. Wer sind denn die Mitglieder des Bundes der Landwirthe, namentlich in den kleinen Städten, wo man versucht hat, die Geschäftsleute zum Eintritt in den Bund zu zwingen? Wie wären anders die Niederlagen in Colberg, Gollin und Herford-Halle zu erklären, wenn nicht der Antrag Kanig daran schuld hätte, wie der Reichsbote selbst zugibt. Wenn die Regierung nicht gebildet hätte, daß mit der Staatsautorität für den Bund gearbeitet würde (Widerspruch rechts), daß die Antidropfher Versammlungen veranstaltet, die nicht einmal angemeldet waren. (Zuruf: Erst müssen Sie Minister werden!) Das überlasse ich Ihnen, Herr v. Plöb! Herr Rudolf Meyer hat enthält, daß der Antrag Kanig die Einführung eines österreichischen Kunstmüllers sei. Herr v. Plöb soll aber 1894 im Januar die Idee abgelehnt haben, weil sie zu sozialistisch sei, und im April kam der Antrag an den Reichstag. (Zuruf des Hg. v. Plöb: Der Mann wollte ein volles Monopol.) Sie nur ein halbes? Ihr Monopol ist aber viel schlimmer. Der Bund der Landwirthe kann durch seine Agitation nur Verbitterung erregen und den Landwirthen ihre Berufsfreudigkeit rauben. Die günstige Wirkung der Handelsverträge kann niemand mehr leugnen. Aber freilich, die Herren leben ja von der Bekämpfung der Handelsverträge und der Goldwährung. Die Ausführungen des Herrn v. Marschall haben mich vollständig überzeugt. Was soll durch ein Monopol auf acht Jahre erreicht werden? In allen Debatten ist die eine Frage nicht erörtert worden, welcher Theil der Landwirthe an hohen Getreidepreisen Vortheile hat, wie viele Landwirthe Nachteile haben. Nach der vom Reichsanwalt gegebenen Statistik verkaufen 76 pCt. der Landwirthe kein Getreide (Widerspruch rechts), davon muß ein großer Theil Getreide zu kaufen. Der Bund der Landwirthe hat eine große Enquete veranstaltet; 1300 Antworten sollen eingegangen sein, aber es ist nichts darüber veröffentlicht. (Zuruf des Hg. v. Plöb: Langst veröffentlicht! Lesen Sie nur vernünftige Blätter! Heiterkeit.) Einzelheiten sind veröffentlicht, aber auch schon längst als unzutreffend widerlegt worden. Wir hat ein Bauer erklärt, daß die Landwirthe bei Sparbarkeit und Thätigkeit durchkommen können. (Zuruf: Verkauf der Mann Getreide?) Rein, er verkauft Butter, Eier und treibt Viehzucht. (Sachen rechts.)

Die bayerische Enquete soll den Antrag Kanig begründen! Diese Untersuchung ist unparteiisch geführt und verdient alle Anerkennung. Aber die Nothwendigkeit des Antrages Kanig kann man daraus nicht folgern; denn es wird keineswegs eine schwere Nothlage der bayerischen Landwirtschaft festgestellt. Die Verschuldungsverhältnisse sollen, wie aus der Untersuchung sich ergibt, nicht besonders schlecht sein, aber es fehlt an der Technik; es ist keine Drainage vorhanden, es fehlt an der Verwendung guten Düngers u. s. w. Hinderlich sei auch der große Pessimismus; man stelle allen Rathschlägen entgegen, daß dem Feldbau bei den schlechten Preisen doch keine Zukunft bevorstehe. Das sind die Früchte Ihrer Agitation, Herr von Plöb. (Zuruf des Hg. v. Plöb: Lassen Sie mich nun endlich zufrieden! Heiterkeit.) Ihre Presse beschäftigt sich so viel mit mir, daß ich mich auch einmal dankbar erweisen muß! (Zuruf des Hg. v. Plöb: Aber nicht in diesem Hause!) Hat die Landwirtschaft denn nicht schon schlimmere Krisen durchgemacht, am Anfang des Jahrhunderts, wo die Hälfte der Landwirthe ruiniert war? Heute sind die Preise der Güter nicht so gefallen, wie damals. Wenn einzelne Landwirthe schlecht stehen, so wollen wir ihnen ein Geschenk machen; aber wir wollen nicht die reichen Majoratsbesitzer unterstützen. Aber das wollen Sie nicht. Die Sozialisten stimmen gegen den Antrag, weil sie einen anderen Sozialismus wollen als den Junker. Ich hoffe, daß morgen der Antrag Kanig mit 200 gegen 100 Stimmen abgelehnt wird. (Zustimmung.)

Hg. Graf v. Bismarck (wild): Der Antrag Kanig ist nur ein Nothbehelf, das erkennen auch die meisten Unterzeichner des Antrages an. Aber die Landwirtschaft befindet sich nun einmal in einer aus von allerhöchster Stelle in der Thronrede anerkannten Nothlage und Nothlagen rechtfertigen Nothbehelfe. Auch die Schutzölle sind ja nichts anderes, und der Antrag Kanig ist auf denselben Boden gewachsen wie die Schutzölle. Es wäre ein idealer Zustand, wenn überhaupt kein einziges Gewerbe Schutzölle brauchte; die Voraussetzung dazu wäre aber, daß in sämtlichen Staaten und Kolonien unter denselben Bedingungen produziert würde (Zustimmung rechts), daß sie dieselben Bedürfnisse und dieselbe Währung hätten (Zustimmung rechts), sei es Gold, Silber oder Doppelmünzung. Daß der Antrag wirklich eine Werbekraft hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der Unterzeichner seit dem vorigen Jahre von 40 auf 100 gestiegen ist. Manche haben sich erst nach schweren Bedenken entschlossen, ihn zu unterschreiben, und zwar sind es keineswegs bloß Großgrundbesitzer. Glauben Sie, daß die Mitglieder der Reformpartei Großgrundbesitzer als Wähler haben? Und auch die Herren aus dem Westen, aus Bayern haben ihre schweren Bedenken überwunden, weil sie kein besseres Mittel für den kleinen Landmann wissen. Die Nothlage der Landwirtschaft wird eigentlich von keiner Partei bestritten und der Staat hat die Pflicht, für die benachteiligten Erwerbskreise zu sorgen; selbst wenn er nur ein untergeordnetes Glied am Gesamtorganismus wäre, so ist anzuerkennen, daß auch die Regierungen bemüht sind, der Landwirtschaft zu helfen. Die Herren links thun so, als wollten sie die Landwirthe auf Kosten der Gesamtheit bereichern. Nun giebt es aber nach der letzten Verfassung an landwirtschaftlichen Betrieben allein 5,6 Millionen mit ungefähr 26,2 Millionen Seelen, während die Gesamtheit der Bevölkerung des Reiches circa 51 Millionen beträgt. Die Hälfte aller Haushaltungen entfällt auf die Landwirtschaft. Dem gegenüber werden Sie doch nicht bestreiten, daß wir die Berechtigung haben, nach Mitteln der Abhilfe zu suchen; und wenn uns von den verbündeten Regierungen oder aus dem Hause ein sympathischeres Mittel vorgeschlagen würde, so würden wir mit Freuden dafür eintreten. Es sind uns aber keine besseren Mittel vorgeschlagen. Dazu gehören auch die sogenannten kleinen Mittel nicht. Die Viehzucht wird von der Landwirtschaft mit Eifer betrieben, wenn aber beispielsweise im nächsten Jahre die umgrenzten Staaten feuchtsrei und die Grenzen wieder ge-

öffnet werden, dann sind alle Ausgaben der Landwirtschaft zur Deckung der Viehzucht weggeworfen.

Die Zuckersteuer-Vorlage ist ebenfalls sehr dankenswerth, aber die Vorlage ist ganz anders im Osten wie im Westen aufgenommen worden, und mein eigener Wahlkreis hat einstimmig beschlossen, mich zu erheben, gegen die Kontingentierung zu stimmen, ohne welche die Vorlage für die verbündeten Regierungen unannehmbar ist. Zu einer Verbilligung der Eisenbahntarife würde sich der preussische Finanzminister schwer entschließen. Auch die Kreditfrage ist eine sehr schwierige. Die Grundschuld in Preußen beträgt nach den letzten Veröffentlichungen des preussischen Finanzministeriums vierzehn Milliarden. Nehmen wir an, daß das Kapitalvermögen 50 Milliarden und der Werth von Grund und Boden 80 Milliarden beträgt, so kommen wir zu dem Resultat, daß kleine Mittel wenig helfen. Die Beleihungsgrenze ist zu hoch. Man sagt mit recht, daß der Werth der Güter heruntergegangen ist. Da ist es gefährlich, den Kredit zu erhöhen. Ich würde es für heilsamer halten, bei den jetzigen präkären Zuständen den Kredit herabzusetzen, sonst ist man schließlich nur noch Verwalter der Kapitalisten und hat nicht mehr die Besitzfreudigkeit, die einen an die Scholle fesselt. Die Landwirtschaft würde besser fahren, wenn es schwieriger wäre, Geld aufzunehmen. Die Landwirthe nehmen 3 1/2-4prozentige Pfandbriefe auf, soviel sie können, und legen sie in 5prozentige Papiere um. Daraus entsteht schließlich die Verschuldung. Von Meliorationen wollen viele Besitzer nichts wissen, weil sie sagen, sie verzinsen sich doch nicht, besonders da die Grenze des Fallens der Getreidepreise gar nicht abzusehen ist. Wenn die Getreidepreise so weiter sinken, geht schließlich das Nationalvermögen verloren. Der Bruchtheil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist sehr bedeutend.

Nach der Berufszählung von 1882 beträgt die Zahl derjenigen landwirtschaftlichen Existenzen, die bis 100 Hektar haben, also Bauern, 2,119,000. Wenn Sie das mit 5 multiplizieren, was für die Landwirthe wenig ist, so bekommen Sie 11 Millionen, die darauf angewiesen sind, von ihrem Lande ihr Leben zu fristen. Glauben Sie doch nicht solchen Phantasien, daß Bauern mit 10 Morgen noch Getreide anbauen. (Sehr richtig!) Wer das Leben auf dem Lande kennt, weiß es besser. Der kleine Besitzer, auch der von 20 Morgen, hat keinen Vortheil von billigen Getreidepreisen, der Bauer ist doch nicht nebenbei Kapitalist, sondern zieht seinen Unterhalt aus seinem Getreide; die anderen landwirtschaftlichen Produkte kommen daneben nicht in Betracht; das Margarinegeschäft laur wohl Genossenschaften und Molkereien nähren, aber nicht dem kleinen Bauer.

Nicht angebracht ist es, den Antrag mit Entrüstung zurückzuweisen und ihn als eine Schande zu bezeichnen. Wir müssen den Antragstellern dankbar sein, daß sie sich monatelang hingehalten und gearbeitet haben, um nach einem Mittel zu suchen. (Beifall rechts.) Man kann sagen, es taugt nichts, es paßt nicht, wir wollen zur Tagesordnung übergehen, aber ich finde es unbillig, daß man Schlagworte dagegen gebraucht. Ein weiser Staatsmann muß auf die Erhaltung des Körnerbaus bedacht sein. In England wären die Getreideölle niemals aufgehoben worden, wenn dort der Grundbesitz so getheilt wäre wie bei uns. Als Englands Landwirtschaft anfangs ruiniert zu werden, gab es dort nur 20-30 000 Grundbesitzer, wir haben 9 Millionen. Warum hat man in Frankreich die Getreideölle nicht heruntergesetzt, sondern sogar noch erhöht? Weil dort der Grundbesitz noch vielmehr getheilt ist als bei uns. Bei weiterer Demokratisierung würden wir noch zu dem französischen Gebreche kommen.

Auf die Handelsverträge will ich nicht eingehen — tempi passati! Was hat es für einen Zweck, über verschüttete Milch immer von neuem zu klagen. Man hat gesagt, die Einfuhr des Getreides sei nicht wesentlich gestiegen. Das ist aber nicht richtig. Die Roggenseinfuhr ist ganz erheblich gestiegen und beim Weizen liegt die Sache ganz ähnlich.

Cecil Rhodes hat den Plan gehabt, das ganze Süd-Afrika unter seine Macht zu bringen und dann feste und hohe Schutzölle gegen alle Staaten einzuführen. Die Armut greift immer weiter um sich. Wo sind die Großkaufleute, wo sind die großen Vermögen geblieben? Momentlich am Rhein scheidet der Großkaufmann allmählig einen Prozentjah von seinem Vermögen aus, um ihn in Grund und Boden anzulegen. Der Nothstand ist einmal da, und wir können nichts machen, so lange wir durch die Handelsverträge gebunden sind. Der ganze Zweck der Diskussion ist, die Leute, die kulturfähig gehalten werden sollen, vor dem Untergang zu bewahren. Die Klausel über die ewige Reichsbürgerschaft ist in dem französischen Friedensvertrage nur aufgenommen, weil die Franzosen, wenn es nach ihnen ginge, keine Unge nach Frankreich hineinlassen würden. Wenn man von anderen Jollen spricht, da habe ich noch nicht gehört, daß man sich gleich in den Mantel der Entrüstung hüllt, daß man von Erpressungen, Liebesgaben und Almosen spricht, 27 1/2 Millionen Seelen sind nach der Verfassung an landwirtschaftlichen Gebieten interessiert. Wenn die armen Leute von Haus und Hof gejagt werden, dann werden sie noch schlimmer als die Fabrikarbeiter; sie fallen der revolutionären Partei in die Arme; sie verlieren unweissend ihre monarchische Bestimmung. Die festesten Wurzeln monarchischen Gefühls liegen doch in der festesten Bevölkerung. Die Leute, die wir vertreten, sind dieselben Bauern, welche nach dem dreißigjährigen Kriege auf ihre Fahne geschrieben hatten: wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserem Fürsten mit unserem Blut. Auf diese Leute wird nicht zu rechnen sein, wenn wir ihnen nicht beistehen. (Zustimmung rechts.) Vielleicht schaffen günstige Konstellationen von selbst einmal höhere Getreidepreise, aber wenn es nicht geschieht, so hoffe ich auf eine größere Zustimmung für andere Pläne, die durchgreifend dazu helfen, daß unser tüchtiger, schaffender Bauernstand, der Stolz Deutschlands uns erhalten werde. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Graf Bernstorff (Welfe): Die Modifikationen des Antrages Kanig können unsere ablehnende Stellung nicht erschüttern. Im Gegentheil, wir halten es für sehr bedenklich, eine solche Maßregel nur auf so kurze Zeit einzuführen, wie der Antrag will. Er ist praktisch nicht aus- und durchführbar, widerspricht dem Grundsatz: gleiches Recht für Alle und kann der Landwirtschaft vielleicht momentan aber nicht auf die Dauer nähren, während er uns dem sozialen Staat und der Verstaatlichung des Grund und Bodens näherbringen würde. Die jetzige Nothlage ist eine Folge der schrankenlosen Freiheit auf allen Gebieten, welche die Liberalen durchgeführt haben. Solchen schnellen Umwälzungen gegenüber giebt es keine großen Mittel, die schnell helfen, aber ich hoffe, daß die Elemente, von denen der Graf Bismarck am Ende seiner Rede sprach, uns auch über diese Krisis hinweghelfen werden.

Um 6 Uhr wird die weitere Verathung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Communales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 16. Jan., nachmittags 5 Uhr.

Am stelle des zum Stadtrath gewählten Stadts. Wagner wird in den Ausschuss für die Vorlage wegen Verlegung der sog. Reichsstraße in der Hasenheide Stadts. Härtl, in die gemischte Deputation zur Verathung über die zur Zeit innerhalb der städtischen Verwaltung schwebenden Fragen des Verkehrs wens Stadts. Schwabe gewählt.

Die Wahlen der Stadts. Bergmann, Siebenom, Petz, Gifolt und Gehride II, welche sämtlich erst in engerer Wahl gewählt worden sind, hat der Wahlprüfungs-Ausschuss für gültig erachtet. Bei Gelegenheit dieser Wahlen ist im Ausschuss auch der Antrag gestellt worden, den Magistrat um die Vorlegung eines Entwurfs eines Wahlreglements für die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen. Der Ausschuss hat die Maßregel für undurchführbar gehalten, da sie nur die Zahl der Proteste zu vermehren und das Wahlgeschäft zu erschweren geeignet ersehe, auch die Städteordnung hinsichtlich genauer Vorschriften über das ganze Wahlverfahren enthalte. Im Ausschuss ist darauf der Antrag mit allen gegen die Stimme des Antragstellers Stadts. Singer abgelehnt worden. Letzterer hatte somit vergeblich auf die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Ausführungsanweisung der grundlegenden Bestimmungen der Städteordnung hingewiesen.

Ohne Debatte tritt die Versammlung dem Ausschuss-Antrage bei.

Der wegen Abbruch der Baulichkeiten Königstr. 1-6 (früher alte Post) eingesetzte Ausschuss hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistratsantrag abzulehnen und dagegen den Magistrat zu ersuchen, ein Provisorium auf die Dauer eines Jahres in der Weise zu schaffen, daß die in dem Grundstück befindlichen Läden zu einem Durchgang umgewandelt werden. Der Bauplan soll der Versammlung schnelligst vorgelegt werden. Da von den Magistratsvertretern schnelligst erklärt worden ist, daß nach Zustimmung der Versammlung zu diesem Beschlusse der Magistrat mit der Regulierung der Königstraße in ihrem Theile zwischen Schloßplatz und Poststraße ungesäumt vorgehen und die erforderlichen Schritte wegen sofortiger Anlegung der Pferdebahn durch die Königstraße thun werde, so hat der Ausschuss die Anlegung eines vorläufigen Durchganges für die zweckmäßigste Lösung der Frage gehalten. Gegen den sofortigen Abbruch der Gebäude spricht nach Ansicht der Ausschussmehrheit vor allem, daß der gegenwärtige Moment kein günstiger für den Verkauf sei, die Preise würden dadurch gedrückt. Erhalte man das Gebäude noch einige Zeit und schaffe eine provisorische Fußgängerüberführung durch die im Grundstück befindlichen Läden, dann werde man bei dem Verkauf leichter und bessere Preise erzielen, als dies jetzt der Fall sein werde, wo man annehme, daß der Magistrat sich in einer Zwangslage befinde und naturgemäß mit dem Angebot zurückziehe. Auch der Werth der Sanitätskassade, der auf 30 bis 40 000 M. angesprochen werden könne, würde bei Annahme des Magistratsantrages verloren gehen. Außerdem komme aber hierbei hauptsächlich in Betracht, daß man im Jahre der Gewerbe-Ausstellung, wo voraussichtlich hunderttausende von Fremden Berlin besuchen werden, unmöglich an dieser hervorragenden Stelle der Stadt ein neues Ruinensfeld schaffen und ein arges Verkehrs Hinderniß herstellen dürfe. Der zu schaffende Durchgang durch die Läden sei ein guter Nothbehelf; er koste wenig, sei schnell herzustellen, und es empfehle sich daher, auf dieses Projekt einzugehen.

Von den Stadts. Sachs II und Genossen wird zusätzlich beantragt, daß das Provisorium am 1. April 1897 beseitigt werden soll, daß, wenn bis dahin der Verkauf mit der Verpflichtung des Käufers zur Freilegung der Straße nicht erfolgt, das Gebäude öffentlich meistbietend auf Abbruch verkauft wird.

Stadts. Sachs II ist gegen den Ausschussantrag. Man dürfe die Sache nicht auf die lange Bank schieben, das könnte zu unliebsamen Mißdeutungen führen. Es sei doch sonderbar, daß das ästhetische Gewissen sich gegenüber der jetzigen Sanitätskassade auf dem Schloßplatz nicht regt, dagegen um so stärker bezüglich der Königstraße. Hier solle auch der jetzt beschriebene Fußgängerweg genannte Arladenweg wieder ausleben. Das Provisorium werde keinen Käufer bestimmen, annehmbarere Gebote zu machen; es könnte verlängert werden, es könnten auch andere Beschlüsse zu Stande kommen, und pöthlich hätte man die „Alte Boh“ mit dem Arladenweg als Definitivum. Das wenigstens solle sein Antrag verhalten. „Haltet Euch vor dem Interim, er hat den Teufel hinter ihm!“ (Heiterkeit.)

Stadts. Jacobi: Für 15 000 M. kann man keine Arladen anlegen, die Versorgung vor diese im Plan kann Herr Sachs getroffen lassen. Belanari und auch vom ethischen Standpunkte hat der Ausschuss unzweifelhaft das Richtige getroffen. Für das Centrum und für den Osten der Stadt würde der Abriß in die Zeit der Gewerbe-Ausstellung hineinfallen und für diese Stadttheile einen schwer zu vermeidenden Schlag bedeuten.

Stadts. Talle: An eine Verschleppung der Sache denkt niemand. Ich habe bis zum letzten Augenblick für die Magistratsvorlage gesprochen, lasse mich aber befehlen, daß der jetzige Zeitpunkt für den Abriß ungeeignet ist. Zur Verhütung des Publikums sollte aber der Zusatzantrag Sachs II angenommen werden.

Der Ausschussantrag gelangt mit dem Amendement Sachs II zur Annahme.

Vom Stadts. Stadthagen wird mit Unterstützung der sozialdemokratischen Mitglieder folgender Antrag gestellt:

Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung darüber Mittheilung zu machen:

1. in wie weit für die Fälle von Krankheiten oder Unfällen von Arbeiter-Fürsorge getroffen ist, die für die verschiedenen Verwaltungszweige der Gemeinde Berlin beschäftigt sind;
2. Einrichtungen zu treffen, durch welche für alle Arbeiter, welche für die Gemeinde Berlin direkt oder indirekt arbeiten anzuführen haben, für die Fälle von Erkrankung oder Verunglückung mindestens dasselbe Maß von Fürsorge gewährleistet wird, welches für die dem Reichs-Kranken- und Unfall-Versicherungsgesetz unterliegenden Arbeiter zu erfüllen ist.

Vom Stadts. Goldschmidt und noch von einer anderen Seite wird beantragt, über den Antrag 2 die Verathung zu vertagen, bis die Auskunft des Magistrats über den Antrag 1 erfolgt ist. Antragsteller Stadts. Stadthagen: Obwohl ich schließlich, wenn der Magistrat zu der verlangten Auskunft bereit wäre, nichts gegen die Ablegung des Antrags 2 bis dahin, wo sie erfolgt, einzuwenden haben würde, halte ich doch für nöthig, die Tringlichkeit beider Anträge in Kürze darzulegen. Die Reichsgesetzgebung hat die Versicherung der Arbeiter in gewerblichen Betrieben für den Krankheits- und Verunglückungsfall in gewissem Sinne obligatorisch gemacht, und die beiden Versicherungsgesetze wirken ja auch auf die Stadt hinsichtlich aller Betriebe zurück, die sie gewerblich betreibt. Sehr kritisch aber ist die Frage, welcher Betrieb ein gewerblicher oder ein öffentlich rechtlicher ist; der Streit hat sich bei fast allen städtischen Betrieben mit Ausnahme der eigentlichen Bauhütigkeit der Stadt wiederholt. Der Magistrat trifft deshalb auch kein Vorwurf, wenn er hin und wieder erst vom Reichs-Versicherungsausschuss eine Entscheidung herbeizuführen versucht hat. Was aber kann der Arbeiter, der erkrankt oder verunglückt, dafür, daß er zufällig in einem öffentlich rechtlichen Betriebe beschäftigt ist und nun gar keiner Fürsorge theilhaftig werden soll? Wenn er erkenne ich an, daß der Magistrat in solchen Fällen durch Beschenke, Almosen u. s. w. im allgemeinen wenigstens das gewährt hat, was der Arbeiter hätte verlangen können, wenn er versichert gewesen wäre. Wir halten ja selbst die Frage für nicht ganz klar und bitten daher im Antrag 1 um Auskunft. Aber auf einige besondere Fälle, zumal aus der Praxis des Reichs-Versicherungsausschusses muß hingewiesen werden. Die Arbeiter auf dem städtischen Vermessungsbureau gehören zu der Kategorie, deren Versicherungspflicht nicht feststeht. Einer dieser Arbeiter ist 1893 beim Transport von Vermessungsgeräthen verunglückt; seine vermeintlichen Ansprüche, die er geltend machte, weist der Magistrat ab. An Krankengeld wurde dem Manne so viel gewährt, wie ihm

die Krankenkasse hätte zahlen können; den Unfall aber hat der Magistrat nicht entschädigt, sondern bisher dem Manne bloß Besprechungen auf Anstellung gemacht. Das Schiedsgericht hat den Betroffenen ebenfalls abgewiesen, und das Reichs-Versicherungsamt hat sich leider über diese für uns interessanteste Frage nicht deutlich genug ausgesprochen, sondern die erste Entscheidung bekräftigt, weil es sich um Feldmesser handle und das Amt diese stets als nichtversicherungspflichtig angesehen habe. Jedenfalls hat der Mann ein Almosen erhalten müssen, da er ja nicht arbeitsfähig ist, aber er hat eben keinen Rechtsanspruch, und es wäre nicht unbillig, wenn auch Berlin wie andere Gemeinden hier die Versicherungspflicht statuierte. Ferner gehören hierher gewisse zwischen den Beamten und den Nichtbeamten stehende, in den Kranken- und Irrenhäusern und in den Wohlthätigkeitsanstalten der Stadt vermehrte Personen. Zwei Fälle derart sind mir in ganz kurzer Zeit mitgeteilt worden. Einer im Irrenhause beschäftigte Dame wurde von einer Irren eine schwere Verletzung beibracht, welche sie völlig erwerbsunfähig machte. Der Magistrat hat versucht, sie zu unterstellen durch Anstellung in leichter Beschäftigung; es ging nicht. Daß die Frau keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung hat, ist im höchsten Grade unbillig. Alle diese Unglücklichen sind doch schließlich auf die Armenpflege angewiesen, und ob Armenpflege oder Rechtsanspruch, das berührt nicht den Stadtsäckel, aber die Anstands-pflicht der Städte. Ferner kommen hier die 300 Treiber auf dem Viehhofe in Betracht, die weder gegen Krankheit, noch gegen Unfall versichert sind, obwohl sie dieselben und vielmehr noch größere Gefahren laufen als die Arbeiter anderer Betriebe. Das Krankengeld wird für sie wohl mit Recht nicht bezahlt, weil es vielleicht von den Kommissionshandlungen zu zahlen wäre. Deshalb haben wir auch die indirekt beschäftigten Arbeiter ausdrücklich in den Antrag aufgenommen. Ich erwähne ferner die Straßenreiniger, die wenigstens, sofern sie weniger als eine Woche beschäftigt sind, nicht versichert werden. Das trifft gerade jene Klassen, welche im Winter ausbillsweise angenommen werden, und besonders hart bezüglich der Unfälle. Zweien dieser Schneeschipper, beides Handwerker, sind im vorigen Winter bei der Beschäftigung die Hände erfroren. Das Reichs-Versicherungsamt bejaht die Frage, ob dies ein Betriebsunfall ist; thatsächlich sind die beiden ohne Unterstützung geblieben. Ganz Unrecht hat der Magistrat mit seiner Rechtsansicht nicht, denn die Straßenreinigung ist kein Gewerbebetrieb, sondern eine öffentlich rechtliche Funktion, die zu übernehmen eigentlich die Grund- und Hauseigentümer verpflichtet wären. Endlich kommen noch die noch nicht definitiv angestellten Beamten in Frage. Die ganze Angelegenheit kann ohne jede politische Vereinigenommenheit erörtert werden, sie ist gleichzeitig von außerordentlicher sozialpolitischer Tragweite. Ich bitte um Anhörung beider Anträge und beantrage ausdrücklich Ausschussberatung beider wegen der event. finanziellen Wirkung des Antrags 2. Dort im Ausschuss kann auch der Magistrat genauere Auskünfte geben, als es im Plenum anginge. Die anderweit gestellten Anträge können vielleicht zurückgezogen werden.

Stadt. Goldschmidt: Wir (die neue Fraktion der Linken) werden für beide Anträge stimmen. Wir wünschen nicht, daß auf den Gebieten, die die Anträge im Auge haben, Tadel gegen die Stadtgemeinde ausgesprochen werden können. Den Antrag 2 können wir aber nicht annehmen, ohne die Tragweite der Nr. 1 zu kennen. Die über die indirekt beschäftigten Arbeiter vom Antragsteller gegebene Auskunft genügt mir nicht; a priori ist doch anzunehmen, daß diese alle versichert sind.

Stadt. Talle: Ich stehe dem Antrage auch sympathisch gegenüber. Indessen täusche ich den Antragsteller über den Umfang der von seinem Antrage betroffenen Arbeiterkategorien. Die Treiber auf dem Viehhofe z. B. seien alle selbständige Leute, mit denen die Viehkommissionäre nichts weiter zu thun haben. Redner beantwortet den Antrag Goldschmidt.

Stadt. Stadthagen: Ich weise dem Vorredner nach, daß er sich wegen der Treiber in starkem Irrthum befindet. Hier könne Herr Goldschmidt sehen, daß es Arbeiterkategorien giebt, die nicht versichert sind, während er das Gegenteil glaubt. Gehe es nicht anders als auf dem Wege des Antrags Goldschmidt, so habe er schließlich nichts dagegen.

Stadt. Talle: Ich bleibe dabei, daß die Treiber selbständig sind; er habe keinen Einfluß auf sie, er könne sie nicht entlassen, er könne sie nicht einmal aus seinem Stall weilen.

Stadt. Schmanna: Ueber die Klassifikation der Treiber werde hier nicht ohne weiteres entschieden werden können. Thatsächlich seien die allermeisten im städtischen Dienst beschäftigten Arbeiter versichert; die Schneeschipper allerdings nicht. Der Magistrat würde gut thun, die gewünschten Ermittlungen zu veranlassen.

Kuch Stadt. Sachs II: Ich äußere mich sympathisch für den Antrag Stadthagen, empfiehlt aber bezüglich der geschäftlichen Behandlung den Antrag Goldschmidt.

Diesem entsprechend wird, nach Ablehnung des Antrags auf Ausschussberatung, beschlossen.

Schluß 7 Uhr.

Tokales.

Gegen den abnehmenden Bescheld des Gemeindevorstandes von Deutsch-Wilmersdorf betreffs Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte haben die dortigen Parteigenossen eine öffentliche Protestversammlung zum Sonntag, den 19. d. M., einberufen (siehe auch Inserat im heutigen „Vorwärts“). Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.

Ein vernichtendes Urtheil wird von der Berliner Gewerbe-Deputation über die Thätigkeit der privilegierten Innungen gefällt. In Nr. 31 des vom Magistrat herausgegebenen Verwaltungsberichts schreibt die Gewerbe-Deputation u. a.: Wir sind im Berichtsjahre in eine nähere Prüfung eingetreten, einmal der Art und Weise, wie die Privilegien von den damit ausgestatteten Innungen gehandhabt wurden, ferner aber die Wirkungen, welche die Privilegien für die betreffenden Innungen sowie für die übrigen Beteiligten gehabt haben. Einen erheblichen Vortheil aus dem Privileg hat nur die Gastwirths-Innung gehabt, da sie neben durchschnittlich 310 Innungs-Mitgliedern 700 außerhalb der Innung stehende Gewerbetreibende zu verhältnismäßig hohen Beiträgen (5-5,50 M. im Durchschnitt) heranzuziehen in der Lage war. Wegen dieser Belastung ist von Richtinnungsmitgliedern, besonders von den freien Vereinigungen, häufig Beschwerde geführt worden, worin die Aufhebung des Privilegs oder wenigstens die Einschränkung der etwas kostspieligen Geschäftsführung der Innung beantragt wurde. Bei gütlicher Ausräumung über diese Anträge haben wir den Standpunkt eingenommen, daß die Innung nur einen kleinen Theil des Gastwirthsgewerbes repräsentirt, da die von der freien Vereinigung unterhaltenen Arbeitsnachweise ebenso zweckmäßig arbeiten, wie die der Innung, da schließlich der Arbeitsnachweis der Innung trotz der großen Begünstigung und der aufgewendeten erheblichen Kosten einen entscheidenden Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes im Gastwirthsgewerbe und Befestigung der oft belagten Mißstände des Kommissionswesens nicht habe gewinnen können, der Unentgeltlichkeit des Arbeitsnachweises der Innung nicht ein so entscheidendes Gewicht beigelegt werden könne, um das Privileg zu rechtfertigen. Die Entziehung des Privilegs ist daher beim Polizeipräsidenten beantragt, Entscheidung aber noch nicht eingetroffen. Die beiden anderen Innungen, nämlich die der Schneider und Schuhmacher, haben dagegen aus dem ihnen zustehenden Privileg aus § 100 f. keinen erheblichen Vortheil, da der größte Theil der Beiträge in Verwaltungskosten aufgeht und nur ein ganz geringer Beitrag für die eigentlichen Zwecke Verwendung findet. Die Schuhmacher-Innung hat dabei bedauerlicherweise verschiedene Aus-

gaben, die anderen Klassen der Innung zur Last fielen, un-recht-mäßig aus der Privilegienklasse bestritten, um so die außer-halb der Innung stehenden Meister in unzulässiger Weise noch höher zu besteuern. Die Schneiderinnung aber hat sich bei der Handhabung des Privilegs die größten Versehen zu schulden kommen lassen. Trotzdem der Bezirk der Innung nur den der Stadt Berlin umfaßt, hat sie doch von den 7 1/2 Kilometer im Umkreise von Berlin wohnenden Gewerbetreibenden Beiträge erhoben, indem sie gleichzeitig in den Zahlungs-aufforderungen eine angebliche Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten mit ausdrücklicher, in der die Ausdehnung des Innungsbezirks ausgedrückt wird. Auf die an die Innung gerichtete Aufforderung zur sofortigen Vernichtung der fraglichen Formulare und auf die ihr gemachten ernüchternden Vorhaltungen wegen des Mißbrauchs des Namens des Herrn Polizeipräsidenten entschuldigte sie sich damit, daß sie für ihre Zahlungs-Aufforderungen ein bei der Schuhmacher-Innung (deren Bezirk sich thatsächlich 7 1/2 Kilometer im Umkreise von Berlin hinaus erstreckt) gebräuchliches Formular als Vorlage benutzt und wörtlich abgedruckt habe. Dieser Entschuldigungsgrund bedarf wohl kaum einer weiteren Beleuchtung. Der Innungsvorstand hatte sich ferner in wesentlichen Punkten über die eingehende für die Handhabung des Privilegs von dem Herrn Polizeipräsidenten erlassene Vorschrift hinweggesetzt. Die Innung erhob an Beiträgen von den gewerbesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden 8 pCt. der Gewerbesteuer und von den übrigen 50 Pf. Es war dabei gänzlich außer Acht gelassen worden zu präsen, ob die zur Beitragsleistung Herangezogenen regelmäßig Gesellen beschaftigten, also überhaupt beitragspflichtig waren. Erwägt man, daß unser Volkstreckungsamt in diesem Betriebsjahre nur für die Schneiderinnung (1500 Innungsmitglieder und 6500 außerhalb der Innung stehende Gewerbetreibende, wie weiter oben erwähnt, 3624 Zwangs-vollstreckungen vornehmen mußte und noch dazu meistens wegen 50 Pfennige, so kann man sich schon hieraus über die finanziellen Erfolge des Privilegs ein sicheres Urtheil bilden. Wir haben einmal auf Abstellung der bei den beiden Innungen vorgeschundenen Versehen geirungen und haben ferner die Aufhebung der Privilegien beantragt, weil dieselben dem öffentlichen Wohle widerstreiten. Auch über diese Anträge hat der Herr Polizeipräsident ebenfalls noch nicht entschieden.

So der amtliche Bericht, der so vernichtend ist, daß selbst ein sozialdemokratisches Blatt ihn unkommentirt bringen kann. Gespannt darf man auf die Entscheidung des Polizei-präsidenten sein.

Die Prostitution reicht zwar weit hinaus über den Kreis der unter Kontrolle stehenden Prostituirten — in Berlin schätzt man die Zahl aller Prostituirten auf das mindestens Zehnfache der Kontrollirten —, es dürfte aber trotzdem bis zu einem gewissen Grade richtig sein, aus den Schwankungen der Zahl der Kontrollirten auf einen Wechsel des Anlaufes der Prostitution überhaupt zu schließen. Unter Kontrolle standen in Berlin am 1. Januar 1894: 4794 Prostituirte, in den Vorjahren (zurück bis 1875): 4683, 4864, 4068, 3713, 3582, 3063, 3006, 3598, 3724, 3769, 3900, 3465, 3186, 3033, 2767, 2547, 2386, 2241, 1956. Die Zunahme von 1875 bis 1894 beträgt 145 pCt., viel mehr als die Zunahme der Bevölkerung Berlins in derselben Zeit, auch mehr als die der weiblichen Bevölkerung des entsprechenden Alters. Nach den „Gründerjahren“ hatte die gewerbsmäßige Prostitution rasch eine große Ausdehnung erreicht. Die Polizei schritt zwar mit unerbittlicher Strenge dagegen ein, aber der sittenpolizeiliche Feldzug hatte nur den zweifelhaften Erfolg, daß die Zahl der Kontrollirten erheblich vermindert wurde, ohne daß die Prostitution abnahm. Ein Rückgang der Zahl der Kontrollirten trat gegen die Mitte der 80er Jahre ein, jedoch schwerlich infolge größerer „Sittlichkeit“ der Berliner Bevölkerung, sondern wohl infolge einer gewissen Besserung der Erwerbsverhältnisse in Verbindung mit dem Rückgang der Preise der wichtigsten Lebensmittel. Auch die Milderung der polizeilichen Strenge mag mitgewirkt haben. Der tiefste Stand, 3006 Kontrollirte, wurde 1887 erreicht, um welche Zeit übrigens auch die Preise für Brot, Kartoffeln und Fleisch am tiefsten standen. Nach 1887 trat, gleichzeitig mit erneueter Steigerung der Lebensmittelpreise und neuer Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse, wieder eine Zunahme ein. Sie betrug vom 1. Januar 1887-91 bereits 35 pCt., von 1887-94 60 pCt. Vom 1. Januar 1887-91 nahm dagegen Berlins ledige weibliche Bevölkerung im Alter von 15-40 Jahren nur um 20 pCt., von 15-30 Jahren um 19 1/2 pCt., von 20 bis 30 Jahren um 15 pCt. zu. (Weiter ist die Fortschreibung der Bevölkerung nach Alter und Zivilstand noch nicht angeführt.) Obwohl sich auch unter den Wittwen und Geschiedenen und in den Altersklassen über 40 Jahre noch Kontrollirte finden, wird man doch ein in der Hauptsache richtiges Bild gewinnen, wenn man nur die Ledigen von 15-40, besonders die von 20-30 Jahren zur Vergleichung heranzieht. Freuenlich ist das Bild nicht. Von 1887-91 hat die Zahl der Kontrollirten, also vermuthlich auch die der Prostituirten überhaupt, viel mehr zugenommen, als nach dem Bevölkerungsstand erwartet werden durfte, und für 1891-94 liegen die Dinge wahrscheinlich ähnlich. Die Zunahme ist zu groß, als daß sie nur aus einer Steigerung des sittenpolizeilichen Eifers zu erklären wäre. Man wird vielmehr nicht fehlgehen, wenn man auch einen Zusammenhang mit der Wirtschaftslage annimmt. Zur Beleuchtung dieses Punktes können vielleicht noch die Zahlen der wegen Eintritt in Dienst oder Arbeit aus der Kontrolle Ausgeschiedenen dienen. Im Vergleich zu den am Jahresanfang vorhandenen Kontrollirten schieden aus dem genannten Grunde aus, im Jahre 1893: 8 1/2 pCt. (303 Personen), in den Vorjahren (zurück bis 1875): 9 1/2, 9 1/4, 10 1/2, 11 1/2, 12 1/4, 22, 15 1/4, 16, 14 1/2, 16, 18, 21 1/2, 19, 17 1/2, 12 1/2, 14, 13 1/2 pCt. Wenn diese Zahlen auch nicht ausschließlich von der größeren oder geringeren Schwierigkeit, Arbeit zu finden, abhängen, so werden sie doch ohne Zweifel mit dadurch beeinflusst. Wenn das aber der Fall ist, dann muß gerade in den letzten Jahren die Möglichkeit, Arbeit zu finden und dadurch von der Kontrolle loszukommen, recht gering gewesen sein.

Brustmilchfinder haben ein bedeutend günstigeres Sterblichkeits-Verhältniß als Kinder, die mit Zhiernisch, Surrogaten u. ernährt werden. In Berlin waren bei der Volkszählung vom Jahre 1890 unter je 1000 lebenden bis 1 Jahr alten Kindern 529 mit Brustmilch ernährte. Dagegen waren (nach Angabe des letzten „Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin“) im Durchschnitt der zehn Jahre 1884-93 unter je 1000 im ersten Lebensjahre gestorbenen Kindern, bei denen die Ernährungsweise auf den Todenscheinen angegeben war, nur 157 Brustmilchfinder. Auf 157 Promille also stellt sich der Antheil der Brustmilchfinder, wenn alle Todesursachen zusammen-geworfen werden. Betrachtet man jede Todesursache für sich, so kommt für manche Ursachen ein noch viel günstigeres, für andere dagegen ein weniger günstiges Verhältniß heraus. Unter je 1000 im ersten Lebensjahre gestorbenen Kindern waren mit Brustmilch ernährte z. B. bei Diphtherie 347, Krup 294, Keuchhusten 197, Lungenerkrankung 174, Lungenschwindsucht 127, bei Lebensschwäche 224, Erstickung 93, Absehrung 76, bei englischer Krankheit 95, bei Ruhr 233, Magen-latare 99, Durchfall 85, Magen- und Darm-latare 70, Brechdurchfall 66. Am günstigsten ist das Sterblichkeits-Verhältniß der Brustmilchfinder bei dreifacherweise bei den Verdauungskrankheiten. Aber auch wo es weniger günstig ist, ist der Antheil der Brustmilchfinder an der Sänglingssterblichkeit doch immer noch viel geringer als ihr, wie oben bemerkt, 529 Promille betragender Antheil unter den lebenden Säuglingen. Eine Ausnahme scheint nur eine einzige Todesursache zu machen. Von

den an Starrkrampf gestorbenen Kindern waren 670 Promille Brustmilchfinder. Die Sterbefälle an Starrkrampf fallen aber fast sämtlich in den 1. Lebensmonat (z. B. 1893 im 1. Lebensjahre 74, davon im 1. Lebensmonat 70), wo die Brustmilchfinder nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1890 789 Promille der lebenden Säuglinge ausmachen. Wird dieser Umstand berücksichtigt, so stellt sich auch beim Starrkrampf das Sterblichkeits-Verhältniß der mit der Brust genährten Kinder noch günstiger heraus, als das der übrigen Kinder.

Ueber die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schule sprach am 13. d. M. in der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Dr. J. A. L. Er wies an der Hand der in den letzten Jahren veröffentlichten Arbeiten nach, daß die Schule, insbesondere die Volksschule seit Durchführung des allgemeinen Schulzwanges, eine immer steigende Bedeutung für die Verbreitung der Kinderkrankheiten erlangt. Insbesondere für Masern, Scharlach und Diphtherie wäre im Ausland — wo wir durch Schulärzte resp. städtische Gesundheitsbeamte über die Verhältnisse ungleich besser unterrichtet wären als bei uns — auch statistisch dieser Zusammenhang zwischen Schulbesuch und epidemischer Ausbreitung von Krankheiten erbracht worden. Durch den Schulaus würden Augenkrankheiten massenhaft verbreitet, insolge mangelnder Schulaufsicht selbst die Uebertragung von in die Schule eingeschlepptem Ungeziefer, ganz gewöhnlich beobachtet. Beinahe jeder Berliner Gemeinbeschüler mache 1-2 Mal während des Schulbesuches leitere Krankheit durch und es werden in zahllosen Fällen Strophulöse Hautausschläge, Erkrankungen der Augenlider, Ohren und Nasen durch diese Parasiten hervorgerufen.

Unter stetem Hinweis auf unsere Schuleinrichtungen wurde der Nachweis geführt, daß die bestehenden Einrichtungen und sanitätspolizeilichen Maßnahmen ohnmächtig sind, der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schule wirksam entgegen zu treten. Ein Theil dieser Maßnahmen sei für die Verhältnisse unserer Gemeinbeschulen in dicht bevölkerten Großstädten nicht mehr zeitgemäß und die zeitgemäßen, von dem heutigen Standpunkt der Wissenschaft diktierten können nicht zur Durchführung, aber auch diejenigen, welche an sich zweckmäßig wären, wären unwirksam, weil es an der befähigten sachverständigen Kontrolle, an der schulärztlichen Ueberwachung noch immer bei uns fehle. Schulreinigung und Desinfektion wären mangelhaft, die Frequenz in den unteren Klassen viel zu groß, die mangelnde Ernährung vieler Kinder, die schlechten häuslichen Verhältnisse begünstigen die Einschleppung contagioser Erkrankungen und lähmen die Widerstandsfähigkeit gegen Infektionen.

Der Vortragende faßt seine Ausführungen in folgende Thesen zusammen:

1. Die Schule, insbesondere die Volksschule trägt zur Ausbreitung ansteckender Krankheiten in hervorragendem Maße bei.
2. Die bestehenden Schuleinrichtungen und gesetzlichen Bestimmungen genügen nicht, um dieser Ausbreitung wirksam zu begegnen.
3. Die rechtzeitige Ermittlung, Isolierung und Wiederzulassung erkrankter Schulkinder, die weiteren prophylaktischen Maßnahmen und deren Kontrolle erfordern die ständige Mitarbeit beamteter Aerzte (Schulärzte).
4. Ist ein Fall von scharfer ansteckender Erkrankung bei einem Schüler ärztlich konstatiert, so hat noch am selben Tage die Desinfektion der infizierten Klasse zu erfolgen.
5. Die Fernhaltung der gesunden Geschwister erkrankter Kinder vom Schulbesuch ist von zweifelhaftem Werth und durch sorgfältige Beobachtung dieser Kinder in der Schule zu erziehen.
6. Der Schluß bei gehäuftem Erkrankungen ist möglichst zu vermeiden, insbesondere bei Volksschulen in dichtbevölkerten Städten.
7. Die Schulräume sind täglich nach zu reinigen, Wände, Fenster, Thüren mindestens allmonatlich zu feigen.
8. Anderweite Reformen in Schuleinrichtungen und Unterricht, insbesondere die Herabsetzung der Frequenz in den unteren Klassen auf 30-40 Kinder, sind geeignet, die Gefahr der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schule wesentlich zu verringern.
9. Die häuslichen Verhältnisse der Schüler sind für die Einschleppung übertragbarer Krankheiten in die Schule von grundlegender Bedeutung und daher ohne die Hebung der arbeitenden Klassen alle schulhygienischen Maßnahmen von nur beschränkter Wirksamkeit.

Montag den 20. Januar findet die Diskussion über den Vortrag statt.

Die Erkrankung des Herrn Brausewetter ist dem „V.C.“ zufolge die sogenannte progressive Paralyse, eine der häufigsten Geisteskrankheiten, die gerade Männer im besten Lebensalter und geistig sehr regsame Menschen befallt. Sie fordert ihre meisten Opfer in den Kreisen der Kaufleute, Belehnten und Offiziere. Nach mehrmonatigen, mehr oder minder stark ausgeprägten Vorboten steigert sich die Krankheit meist ziemlich schnell zu solcher Höhe, daß die Kranken geistig nicht mehr zurechnungsfähig sind und zu ihrer eigenen wie ihrer Angehörigen Sicherheit in einer Anstalt untergebracht werden müssen. Besserungen kommen nicht vor. Von großer geistiger Regsamkeit konnte unseres Graculens bei Herrn Brausewetter nun eigentlich keine Rede sein.

Ausweisung. Angeblich wegen politischer Antriebe ist der Bureauhilfe J. Ehrenstein, der aus Ungarn gebürtig ist, vom Polizeipräsidenten ausgewiesen worden. Die Maßnahme soll auf die Denunziation eines Antisemiten zurückzuführen sein.

Das dynastisch-militärische Fest des 18. Januar wird, wie so manche frühere Feste ähnlicher Art dem großen Publikum durch eine große Verkürzung absperrung fähbar werden.

Der Polizeipräsident erläßt am 18. d. M. vormittags zur 25 jährigen Jubelfeier der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches unter den Linden östlich der Charlottenstraße und auf den Plätzen am Opern- und am Zeughaus, sowie im Lustgarten stattfindenden Parade der hiesigen Garison auf Ansuchen des königlichen General-Kommandos des Gardekorps die folgende Bekanntmachung über Beschränkungen des Verkehrs:

1. Es werden gesperrt:
 - a) spätestens von 10 Uhr vormittags ab für den gesamten Fahrverkehr einschließlich der Omnibusse und Pferde-Eisenbahnen sowie für Fußgänger und Reiter bis nach beendeter Parade die Straße unter den Linden östlich der Friedrichstraße einschließlich, die Plätze am Opern- und am Zeughaus, die Schlossbrücke, der Lustgarten, die Schlossfreiheit und die Kaiser Wilhelmbrücke, sowie nach Bedarf die Charlottenstraße zwischen der Behren- und Dorotheenstraße, die Behrenstraße östlich der Friedrichstraße, die Universitätsstraße südlich der Dorotheenstraße, die Straße hinter dem Gießhause, die Straße am Zeughaus, die Niederlag- und die Oberwallstraße nördlich der Werderschenstraße und der Schinleplatz.
 - b. von 11 1/2 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Durchmarsch der Truppen für den gesamten Fahrverkehr einschließlich der Omnibusse und Pferde-Eisenbahnen und für Reiter die Kaiser Wilhelmstraße von der Kaiser Wilhelmbrücke bis zum Neuen Markt einschließlich, die von der Kaiser Wilhelmstraße beginn, vom Neuen Markt auslaufenden Querstraßen bis zur König- und Neuen Friedrichstraße, sowie nach Bedarf die Friedrichstraße und die Neue Friedrichstraße zwischen der Spree und der Spandauerbrücke einschließlich. Der Fußgängerverkehr auf den unter b) bezeichneten Straßen u., mit Ausnahme der Burgstraße, deren gänzliche Sperrung zwischen König- und Neuen Friedrichstraße vorbehalten bleiben muß, soll nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden.
2. Demgemäß wird der von Norden kommende Fahrverkehr von 11 1/2 Uhr vormittags ab seitens der Aufsichtsorgane an der Klosterstraße nach dem Haken-Markt bzw. nach der Königstraße und dem Molkenmarkt abgelenkt werden und liegt es im Interesse der beschleunigten Aufhebung der erforderlichen Verkehrsbeschränkungen, wenn die beteiligten Kreise von Hand aus durch die entsprechende Wahl der zu besahrenden Straßenzüge zur Entlastung derjenigen Straßenkreuzungen beitragen, wo

Herrenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar 1896, 1 1/2 Uhr.
Erster Vizepräsident v. Mantuffel theilt ein Telegramm des Präsidenten Fürsten zu Stolberg mit, in welchem dieser erklärt, seine Wahl zum Präsidenten mit Dank anzunehmen und hofft, daß sein Gesundheitszustand ihm bald die Theilnahme an den Geschäften des Hauses ermöglichen werde.

An stelle des Herrn v. Neumann, der das Amt als Schriftführer wegen Kränklichkeit nicht annehmen kann, wird Herr Oberbürgermeister Giese-Altona gewählt.

Zu Quästoren ernannt Vizepräsident v. Mantuffel, der Senator Eggeling und Oberbürgermeister Boie-Potsdam.

Das Andenken der seit der letzten Session verstorbenen Mitglieder Friedrich Wilhelm Prinz zu Hohenlohe-Jungelingen, Graf Pfeil-Burgthaus und Oberlandeskulturgerichts-Präsident Glagel ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Ausgeschieden aus dem Hause ist Freiherr v. Winkingerode-Knorrr.

Zum Mitglied der Matrikelkommission wird Herr Hatzfeldt durch Zuzuf gewählt.

Das neu eingetretene Mitglied Graf von Frankenberg und Prof. Schlich wird in der üblichen Form auf die Verfassung vereidigt.

Ein Schreiben des Auswärtigen Amtes, worin die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der „Schaumburg-Lippischen Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Herrenhauses nachgefragt wird, wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Die Vorlage betreffend die Errichtung einer General-Kommission für Ostpreußen wird der Agrar-Kommission überwiesen.

Zur Vorberatung der Vorlage betreffend das Auerbe- recht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, schlägt Vizepräsident v. Mantuffel die Einschüfung einer besonderen Kommission vor.

Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim schlägt vor, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, aber vorher noch eine Generaldiskussion über diese wichtige Vorlage stattfinden zu lassen, damit die Kommission die Meinung des Hauses darüber kennen lerne. Das Herrenhaus habe sich immer beklagt, daß sein Ansehen dadurch heruntergebracht werde, daß es nicht sofort Verathungsmaterial erhalte und später, wenn die Vorlagen erst aus dem anderen Hause kämen, nicht mehr die Zeit zur gründlichen Verathung habe. Hier sei einmal Gelegenheit zu einer gründlichen Verathung einer sehr wichtigen Materie.

Graf v. Schlieben schlägt dagegen vor, heute die Kommission zu wählen und erst später, wenn deren Arbeiten vorliegen, eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen.

Nach weiterer Geschäftsordnungs-Debatte, an welcher sich die Herren v. Wedel-Piesdorf und Graf Minkowström theilnehmen, beschließt das Haus, die Generaldiskussion vor der Kommissionswahl vorzunehmen.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. das Auerbe-recht bei Renten- und Ansiedelungsgütern.)

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 16. Januar 1896.

Am Regierungstisch: Miguel, Thielen, v. d. Redt. Seit der letzten Session sind die Abgg. Quassowski, Greiß, Zhanisch, Ahlisch und Graf-Eberfeld verstorben. Das Haus ehrt das Andenken derselben in der üblichen Weise.

Das Haus beschließt, auch in dieser Session den Mittwoch jeder Woche als Schwerinstag festzusetzen und alsbald die üblichen Fachkommissionen zu bilden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.

Abg. Stengel schlägt zur Erleichterung des Wahlgeschäfts vor, den bisherigen Präsidenten Abg. von Köller und den Vizepräsidenten Abg. v. Heereman durch Zuzuf wieder-zuwählen.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben und zunächst der Abg. v. Köller zum Präsidenten durch Zuzuf unter lebhaftem Beifall wiedergewählt.

Präsident v. Köller: R. G. Wenn Sie es so haben wollen, so bin ich bereit, mich auch in dieser Session in den Dienst des Hauses zu stellen. (Weifall.) Ich setze dabei voraus, daß Sie die wohlwollende Unterstützung, deren ich mich nun 16 Sessionen hintereinander erfreut habe, mir auch in dieser Session nicht vorenthalten werden. In dieser Hoffnung nehme ich mit bestem Dank für das mir geschenkte Vertrauen die Wahl an. (Lebhafte Beifall.)

Zum ersten Vizepräsidenten wird ebenfalls durch Zuzuf der Abg. v. Heereman wiedergewählt, welcher die Wahl mit freudlichem Dank annimmt.

Bei der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten, welche Stellung bisher der verstorbene Abg. Graf-Eberfeld bekleidete, werden 291 Stimmzettel abgegeben, von denen 278 den Namen des Abg. Krause tragen; 16 sind unbeschrieben, 1 Zettel lautet auf den Abg. Gale. Abg. Krause ist somit gewählt, nimmt die Wahl mit Dank an und erklärt, daß er immer die Ehre des Hauses wahren werde.

Zu Schriftführern werden auf Antrag des Abg. Stengel die früheren Schriftführer Borzewski, Zwawalle, Jerusalem, Weyersbusch, Dizein, Irmer und Wode wieder, der Abg. Meister neu gewählt.

Zu Quästoren beruft der Präsident die Abgg. Sattler und Jungen.

Dann ist das Haus konstituiert.

Darauf erhält das Wort der

Finanzminister Miguel: Auf Grund der Ermächtigung vom 6. Januar d. J. lege ich dem Hause vor: Die allgemeine Rechnung für 1892-93, die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1894-95, ferner den Etat für 1896-97 und das Gesetz wegen Ergänzung der Einnahmen desselben. Während der laufenden Etat große Umänderungen enthält, weil er die Konsequenzen zog aus der Umänderung des Steuerwesens und der Umgestaltung der Organisation des Eisenbahnwesens, schließt sich der vorliegende dem vorjährigen vollständig an. Derselbe schließt mit einem Defizit von 15 Millionen Mark, also 10 Millionen weniger als im laufenden Etat. Hierbei ist aber zu bemerken, daß der verzeichnete Fehlbetrag von 84 Millionen in Wahrheit auch damals nur 20 1/2 Millionen betrug. Wir konnten natürlich im vorigen Jahre wie in allen Jahren unseren Etat nur aufstellen auf der Grundlage des Reichsetats. Indessen waren die Matrikularumlagen zu hoch bemessen, während die Ueberweisungen, welche schließlich Preußen zufallen sollten, zu niedrig waren. Ich erwähne das ausdrücklich, damit nicht Verwechslungen entstehen in der materiellen Beurteilung der Lage und weil dieser Fall so recht klar zeigt, zu welchen

Unzuträglichkeiten die Verquickung der Reichs-finanzen mit den Finanzen der Einzelstaaten führt. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhandlungen über den Etat zwischen den Kommissarien der verschiedenen Ministerien sind also auf einer ganz falschen Grundlage geführt worden. Zu welchen Verwirrungen das führen muß, bedarf keiner Ausführung. Die Einzelstaaten sind gar nicht in der Lage, die Finanzen zu übersehen, während sie über den Etat berathen. Wir können den preussischen Etat nicht einmal hinterher korrigiren, weil der preussische Etat früher abgeschlossen war, wie der Reichsetat. Selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so würde immer noch ein Uebelstand vorliegen, namentlich da der Reichsetat sich durch Nachtragssetats verschlechterte. Wenn wir auf den laufenden Etat kommen, bitte ich zu beachten, daß wir ein Defizit nur auf dem Papier veranschlagen haben. Wir können augenblicklich wohl kaum die Hoffnung hegen, daß diesem unhaltbaren Zustand gegenwärtig ein Ende gemacht wird. Erst wenn Sie der Re-formplan, welchen die deutschen Regierungen und die Mehrheiten der Landesvertretungen für notwendig halten, durch das Schwerk-gewicht der Thatsachen schließlich durchdringt, kann die Sicherheit der Finanzverwaltung in Preußen und in den Einzelstaaten gewonnen werden. (Zustimmung rechts.)

Dieser Etat zeigt eine Besserung der Lage der preussischen Finanzen. Er zeigt eine Mehrausgabe von 9 Millionen Mark. Aber vor allem ist das Extra-Ordinarium um 17 Millionen gewachsen, auf 79 1/2 Millionen; es beträgt jetzt 4,1 pCt. der gesammten Staatsausgaben, ein Ergebnis, welches wir in langen Jahren nicht mehr gehabt haben. In den Vorjahren betrug das Extra-Ordinarium 2,5, 2,6, 2,9, 3,2 und jetzt 4,1 pCt. Das Extra-Ordinarium war bisher viel zu niedrig. Wir waren aber dazu gezwungen durch die gesammte schwierige Finanzlage. Eine Reihe von notwendigen Ausgaben mußte zurückgestellt werden. Es ist glücklich, daß wir jetzt eine Verthärkung vornehmen können. Wenn Sie die Vorschläge näher ansehen, werden Sie nicht finden, daß wir zu viel gethan haben; wir werden später fortfahren müssen, das Extra-Ordinarium noch mehr zu dotiren und wir werden dadurch viele berechtigte Klagen verstummen machen. Das Haus war bezüglich unserer Finanzen mit mir darin einverstanden, daß wir auf Grund schwankender Betriebseinnahmen dauernde Ausgaben begründet haben. Wir müssen uns hüten, in diesen Fehler wieder zu verfallen. Die dauernden Bedürfnisse dürfen nicht erhöht werden, sondern nur das Extra-Ordinarium, welches wir in schlechten Zeiten wieder einschränken können.

Der Minister giebt sodann die ziffermäßigen Ergebnisse der einzelnen Betriebsanlagen und Verwaltungs-Messors. Das Gesammtergebnis ist, daß wir gegenüber einem veranschlagten Defizit von 56 Millionen nur ein salitisches von acht Millionen haben, also eine salitische Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von 46 Millionen. Das laufende Etatsjahr (1896/97) wird uns vermuthlich kein Defizit, sondern sogar einen kleinen Ueberschuß bringen, wenn keine besonders ungünstigen Verhältnisse eintreten.

Der Minister erörtert die Mindereinnahme aus einzelnen Einnahmequellen der Steuerreform. (Hört! Hört!) Ja, meine Herren, das „Hört! Hört!“ kann hier nichts nützen; das sind die Folgen der Beschlüsse, welche bei der Steuerreform in diesem Hause gefaßt sind. Die Ueberschüsse aus der Domänenverwaltung sind zurückgegangen und werden voraussichtlich noch weiter zurückgehen. (Sehr richtig! rechts.) Eine Mehrausgabe ist nöthig geworden für die Aufbesserung der Forstgebühren, die dringend nöthig war und auch vom Hause anerkannt worden ist. (Sehr richtig!) Die Dienstatlerklassen der Subaltern- und Unterbeamten sollen so gestaltet werden, daß diese Beamten nach 21 Dienst-jahren das Höchstgehalt erreichen. Eine Gehalts-erhöhung der Sekretäre und Assistenten, die früher bereits für die Justiz angeregt wurde, würde eine Mehrausgabe von 1/3 Million erfordern. Die Schuldentilgung hat erfreuliche Fortschritte gemacht und in diesem Jahre um 1,6 Millionen zugenommen. Ueber die von dem Hause beschlossene Entschädigung für die Grundsteuer soll eine Denkschrift vorgelegt und in derselben dargelegt werden, daß die Regierung in der wohl-wollendsten Weise und mit möglichster Rücksicht auf die Wünsche des Hauses vorzugehen beabsichtigt. Die Ueberweisungen vom Reich bleiben um acht Millionen hinter den Zahlungen zurück, die wir dem Reich zu leisten haben. Für die Justiz müsse allerdings etwas geschehen, um bessere Dienstgebäude zu erlangen. Die Nothwendigkeit einer Personal-vermehrung kann ich nicht anerkennen, wohl aber ist die Einführung der Dienstatlerklassen für die Justizbeamten eine Nothwendigkeit. Ersparnisse in diesem Ressort sind von einer gründlichen Reform des Gerichtsvollzieher-Wesens zu erwarten, zu der sich der Justizminister bereit erklärt hat. (Bravo!)

Für den Charitee-Umbau finden Sie keine Position im Etat, es soll Ihnen ein besonderes Gesetz in dieser Angelegenheit vorgelegt werden; wir beabsichtigen die Kosten der Verlegung nach Dahlem durch den Verkauf des botanischen Gartenterrains zu decken. Ein Gedächtnis, den Park der Stadt Berlin zu über-lassen, kann ich bei dem Vorhandensein des Thiergartens nicht anerkennen. Das einige Berliner anders in diesem Punkte denken, ändert an der Sache nichts. (Heiterkeit und Sehr richtig!)

Der Minister bespricht dann die Vervollkommnung des Sekundärbahn- und Tertiärbahn-Netzes, wobei namentlich für Ostpreußen und Hannover größere Bauten in Aussicht genommen sind. Gegenüber den schwankenden Ergebnissen der Eisenbahnen ist eine größere Reservebildung und eine energische Schuldentilgung dringend nöthig. (Sehr richtig!) Hier müssen gleichmäßige Durchschnittsverhältnisse geschaffen werden, denn sonst gerathen alle Messors in Verwirrung.

In dem Vertrauen, daß Sie nach diesen Grundrissen ver-fahren werden, übergebe ich Ihnen den Etat. Sie werden sich um König und Vaterland wohl verdient machen, wenn Sie die bisherige Finanzpolitik beibehalten, denn heute mehr als je be-rüht die Kraft des Staates nicht zuletzt auf guten Finanzen. (Lebhafte Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, 21. Januar, 11 Uhr. Erste Etat-berathung.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Vom Reichs-Vericherungsamte. Invalidentente beantragende Personen können in die Lage kommen, daß die Vericherungsanstalt sie einem Krankenhaus zur Behandlung überweist, um möglichst wieder einen Zustand der Erwerbs-fähigkeit zu erzielen und dadurch ihrer Fürsorge entbunden zu werden. Für solche Fälle hat das Reichs-Vericherungsamte eine wenig bekannte und von den Vericherungsanstalten nicht immer

befolgte wichtige Entscheidung getroffen. Hat nämlich die Krankenhaus-Behandlung keinen Erfolg, so ist die In-validentente nicht vom Tage der Entlassung aus dem Krankenhaus ab gerechnet zu zahlen, sondern von dem-jenigen Tage ab, an welchem der Antragsteller thatsächlich ein Jahr lang ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist. Es hat also die Zahlung der Invalidentente neben der von der Vericherungsanstalt übernommenen Krankenhaus-Plage zu erfolgen. — Von Wichtigkeit ist eine weitere Entscheidung, die ausspricht, daß eine einmal be-willigte Rente nach eingetretener Rechtskraft des Bescheides auch dann nicht ohne weiteres entzogen werden kann, wenn sich nach-träglich auf Grund neuer Thatsachen ergibt, daß die Rente zu unrecht bewilligt worden ist. Es soll damit die Bedeutung der Rechtskraft des Feststellungsbescheides unter allen Umständen ge-nährt werden.

Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Einen neuen Vers zum alten Lied von der schamlosen Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft bilden die Verhältnisse, unter denen Frauen in den Ziegeleien des Kreises Juch-Belzig beschäftigt werden. Die Frauen werden mit dem Fortschaffen der gebrannten Steine be-schäftigt; für den Transport von 1000 derselben erhalten sie 18 Pf. bis höchstens 25 Pf. Die Steine müssen dafür dreimal durch die Hände der Arbeiterinnen gehen, gekippt, aufgeladen und abgeladen werden. Beim Auf- und Abladen helfen auch wohl Kinder. Die Schubkarren, die zum Transport der Ziegel dienen, sind oft zum Brechen voll geladen, und doch kann man gelegentlich sehen, daß hochschwängere Frauen dieselben vor sich herschieben. Man kann sich denken, wie außerordentlich förderlich derartige Arbeit- und Lohnverhältnisse für die Ent-wicklung eines guten Familienlebens sind, daß zu erhalten sich die herrschenden Klassen — im Gegensatz zu der umstürzlerischen Sozialdemokratie — so eifrig bemühen.

Ueber die Beschäftigung der Schulkinder, die die Er-gänzungsschule besuchen, d. h. über 12 Jahre alt sind und Unter-richt an zwei halben Tagen pro Woche genießen, wurden in der Stadt Zürich Erhebungen ange stellt. Von den 1825 Befragten waren nur 39 ohne Beschäftigung. 17 Knaben aber müssen in ihrem freien Alter über 14 Stunden täglich arbeiten, 118 12-14 Stunden, 176 11-12 und 412 10-11 Stunden. Diese Angaben bekunden eine geradezu gräßliche Kinderausbeutung und das in einem Staate, der an der Spitze der sozialpolitischen Gesehgebung und Einrichtungen steht. Was die Art der Beschäftigung betrifft, so waren 108 Knaben in der Stellung als gewerbliche Lehrlinge, 39 Austräger, 47 Bader; 44 Mädchen zwischen 13 und 16 Jahren besorgen in fremden Familien die Hausgeschäfte. Ein Knabe, der Regel aufsteht, antwortete auf die Frage nach seinem Lohn: „Zwei Franke und 2/3 gute gnug“ und der Vater entgegnete auf ihm gemachte Vorhalte: „Ich nehme ihn gern weg, sobald er anderswo ebensoviel verdient.“ 1050 der 1825 besuchten die Ergänzungsschule regelmäßig, und 1/4 derselben haben im Betragen, 400 in den Leistungen die beste Note. Die beste Abhilfe wäre die achtjährige Schulpflicht, doch ist sie bisher stets von den Bauern und den Reaktionsären abgelehnt worden.

Gerichts-Beitung.

Die ungalante Polizei. Den Theater-Agenten liegt durch polizeiliche Verfügung die Verpflichtung ob, das Nationale der Künstler, welche ihre Vermittlung zur Er-langung eines Engagements in Anspruch nehmen, in das Meldebuch einzutragen. Besonders die Künstle-rinnen machen häufig aus begrifflichen Gründen Schwierig-keiten, wenn sie ihr Alter angeben sollen. Sie bringen dadurch die Theateragenten in eine schiefe Lage, denn wenn bei einer Revision in dem Meldebücher Mängel festgestellt werden, so verfallen die Agenten in eine Polizeistrafe. Die Inhaber der Firma Ritter und Lewinski, welche ebenfalls zu den Gemahregelten gehörten, beantragten richterliche Entscheidung und machten gestern durch ihren Vertbeidiger, Rechtsanwalt Pinner den Einwand, daß sie die betreffenden Personen — es handelte sich um drei Chorängerinnen und einen Schauspieler — aufgefordert hätten, ihr Alter anzugeben; es wäre ihnen aber rundweg abgeschlagen worden. Einen Zwang könnten sie doch nicht ausüben.

Ein als Zeuge vernommener Angestellter der Firma be-kundete, daß eine der Künstlerinnen auf die Aufforderung hin, ihr Alter anzugeben, dies mit den Worten abgelehnt habe, daß sei „Quatsch“.

Der Gerichtshof vertrat die Ansicht, daß die Theateragenten unter allen Umständen die polizeilichen Vorschriften zu erfüllen hätten; wollten die Stellehabenden ihr Nationale nicht angeben, so könnten die Agenten ja einfach ihre Vermittlung ablehnen. — Das Urtheil lautete für jeden Fall auf eine Mark, insgesammt also auf vier Mark Geldstrafe.

Der frühere Polizeilientenant von Gaacke legte gestern vor Gericht merkwürdige Begriffe von Schlichtheit an den Tag. Der Polizeilientenant war von seiner Behörde aus dem Dienst entlassen und dann bei der Verlagehandlung Paul Mittel als Abkontenammaler angestellt worden, wo er jedoch auch entlassen wurde. Später erbat eine andere Firma bei der vorerwähnten Verlagehandlung eine Auskunft über von Gaacke und nun soll der Buchhalter eine ungünstige Auskunft über ihn gegeben haben, von welcher v. D. Kenntnis erhielt, der sich dadurch beleidigt fühlte und Privatklage an-strengte. Als nun der Vertbeidiger des beklagten Buchhalters, Rechtsanwalt Dr. N. Platon vor der Schöffengericht im Zimmer 24 den Beweis der Wahrheit anbot, gerieth der Kläger in furchtbare Wuth, er schrie den Vertbeidiger an: „Schurke, Schuft, ich schlage dich nieder!“ Mit Rücksicht auf die Erregung des Klägers wurde eine andere Sache vorgenommen und die Verhandlung für einige Zeit ausgesetzt. Als um 1/2 Uhr die Verhandlung fortgesetzt werden sollte, kürrte v. D. mit geballten Fäusten auf den Vertbeidiger zu, weshalb der Richter ihn nicht zu Haftstrafe sondern milde zu 30 M. Geldstrafe verurtheilte. Bei der Ver-urteilung dieses Urtheils verhielt der Kläger in Wuthkrämpfe, er kürrte zu Boden und erfüllte mit seinem Geheul das ganze Haus. Die sämtlichen Vorgänge wurden protokolliert und nun wird ein Strafverfahren gegen den früheren Polizeilientenant v. Gaacke eingeleitet werden.

Reichs-Vericherungsamte. Die Reinigungsarbeiten auf Neubauten gehören nach einer am 7. Januar vom 2. Senat gefällten wichtigen Entscheidung zu den Thätigkeiten, welche bei den Baugewerks-Vereinigungen verpflichtend sind. Einer Schauerfrau, welche bei der in Alford übernommenen Säuberung der Fenster eines Neubaus von der Leiter kürrte und sich schwer verletzte wurde die Unfallrente bewilligt, nachdem der Einspruch der Magdeburgischen Baugewerks-Vereinigungen zurückgewiesen war. Das Rekursgrecht vertrat die Meinung, daß es sich hierbei nicht um ein Scheuern und Reinigen im gewöhnlichen Sinne handele, sondern vielmehr um den Abschluß von Bauarbeiten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 17. Januar.
Opernhaus. Hänsel und Gretel. Phantasien im Bremer Rathstheater.
Schauspielhaus. Die Cuthoms.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Fedora.
Reisinger-Theater. Komtesse Sudelet.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Kessens-Theater. Hals über Kopf.
Vorher: In doppelter Belehrung.
Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater. Geschlossen.
Schiller-Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Adolph Ernst-Theater. Frau Lohengrin.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Vorher: Fortunio's Lieb.
National-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Salle-Alliance-Theater. Böse Tüben.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag, abends 8 Uhr: Minna von Barnhelm.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Hans Hagemann.
Der Trompeter von Säckingen.
Schauspiel in 3 Akten von Hildebrand und Keller.
Regie: Fritz Schäfer.
Zum Schluss:
Fischens, das Waldmädchen.
Morgen: Die Königstochter als Bettlerin.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Freitag, 17. Januar 1896:
Zum 133. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Julius Eindebscholer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
Zum 80. Male:
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von E. Barney.
Nach Urtheil der gesamten hiesigen Presse die beste Novität dieser Saison.
Vorher: Fortunio's Lieb. Operette.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 26. Male:
Frau Lohengrin.
Schwan mit Gesang in 3 Akten von Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Welch' ein Erfolg!
Stets das Gute bricht sich Bahn!
Täglich ausverkauft
ist
Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Kolonnaden.
Blanck's Stadt-Klatsch
Die modernen Bänkelsänger
Gebr. Nickel's
Hammerstein's Leiden
Schmidt Hawkins,
Rudersport
Hals über Kopf!!!
Der lustige Carnevals-Scherv.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Freitag, den 17. Januar, wegen
Privat-Festlichkeit geschlossen.
Sonntag und folgende Tage
Grosse Extra-Vorstellung
des gesamten vorzüglichen
Spezialitäten-Personals.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (Nicht am Moritzplatz).
Täglich: 20966
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Bahn-Klinik. Preise
euent. Theilhabl.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Urania
Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu: Theatrum mundi!
(Mechanisches Welttheater.)
Im Illusions-Saal:
Allerseelen.

Passage-Panopticum.
Täglich um 5 1/2
und 8 Uhr:
**Affentheater
und Circus.**
30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen,
Schweine, Hasen

Kaiser-Panorama
(Passage).
Neu! Zum ersten Male! Die
malerischen Alpen Oberitaliens. Paris.
Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf.,
Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Victoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Jeden Freitag und Montag:
**Stettiner
Sänger**
(Meysel,
Britton,
Steidl,
Krone,
Rohl
und
Schrader)
Anfang 8 Uhr. — Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).
Neu! Neu!
**Auf Posten am
Weihnachtsabend.**
Ensemble von Resfel.
Sonntag: Concerthaus Saussouci.
Nächsten Freitag, 24. Jan.,
findet in den Gesammträumen
der Victoria-Brauerei der dies-
jährige
Stettiner Sänger-Ball
statt. Karten à M. 1,50 sind in
der Musikalien-Handlung von
Steidl, Kommandantenstraße 1/2,
zu haben.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Täglich sensation. Erfolg von
Dora Parness.
Salerno. Toni Daré.
Sergeant Simms
mit seinen 12 Negerknaben
u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Hippodrom u. Reitbahn
Rungestrasse 8
Großes Musikreiten
für Herren und Damen täglich
bis abends 11 Uhr. Entrée frei.
R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Walhalla-Theater
Oranienstr. 52 (Nicht am Moritzplatz).
Täglich: 20966
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.

Bahn-Klinik. Preise
euent. Theilhabl.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43
(City-Passage).
Neu! Berlin! Neu!
Letzter Nachtwächter.
Posse.
Signorina Catl. Alfredo Reso.
Lotte Siger. Käthechen Möller.
Entrée: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 M.
Sonntag 30 „ „ 6 „
R. Winkler.

W. Noack's
Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:
**Großes Konzert
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Sonntag, Dienstag und Donnerstag
nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Empfehle meine hochdeleganten Säle
für Vereine, Privatfestlichkeiten zu den
fulantesten Bedingungen.
W. Noack.

Neuer Circus.
**Circus Busch (Bahnhof
Börse).**
Freitag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Sport-Vorstellung.
Fischens, das Waldmädchen.
Kupferdem:
Konkurrenz d. Springpferde La Folle
und Royalist; der phänomenale
Szandorsprung. Texas-George als
Bravourreiter und Pferdebandiger.
Dir. Busch m. f. besiderr. Freizeid-
pferden. Erstes Austr. d. Schul-
reiterin Wills. Carlot. Der an-
erkannt beste deutsche Schuttreiter Herr
Footitt-Burghardt. Senor Fessi m. f.
großartig besiderr. span. Stier. Austr.
der beliebtesten Klownen.
Sonntag: Gala-Fest-Vorstellung.
Fischens.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Mittwoch 4 Uhr (ermäss. Preise
und ein Kind unter 10 Jahren frei):
Ein Winterstraßenträum.
Abends 7 1/2 Uhr: Fischens.

Sophastoff-Neite
zu Bezügen ausreichend
in Phantasie, Rips, Damast,
Cröpe, Gobelin, Moquette
und Plüsch sowie Sattel-
taschen spottbillig.
J. Adler
Teppich-Fabrik,
Spandauerstraße 30
gegenüber dem Rathhause.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-
Fabrik sind die besten und ein leichter
Erwerbshaus für Männer, Frauen u.
Pofam-Geschäfte. Erlernen leicht und
gratis. Arbeit wird nachgewiesen.
Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei
dem Vertreter A. Bomburger, Heilige-
geiststr. 49, Berlin. 41508*

Rohrtabak.
Größte Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Merkmale.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
Reparatur Graubenerstr. 113, verm.
Kunststr. d. Verwalter.

Hippodrom u. Reitbahn
Rungestrasse 8
Großes Musikreiten
für Herren und Damen täglich
bis abends 11 Uhr. Entrée frei.
R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

**R.F. Mittelstädt's
Original-Löwenbitter** ist aus passenden
Kräutern abdestillirt be-
fördert vorzüglich die Ver-
daung und regt besonders
den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,30.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
Kranzspenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen meinen
herzlichsten Dank.
22216
Frau Strelow nebst Kindern.

Chrenereklärung.
Die gegen die Keller'schen Eheleute
am 30. Dezember 1895 ausgesprochenen
Beleidigungen nehme ich hiermit zurück.
22146] Paul Wilde, Doppelnerstr. 18.
Die gegen Herrn Plewka aus-
gesprochene Beleidigung nehme ich hier-
mit zurück. [22166] Niechel.

Die von mir über Herrn Mergulies,
Weihenburgerstr. 77, ausgesprochenen
Beleidigungen beruhen auf Unwahr-
heit. P. Fischer, Dieffenbacherstr. 28.
Ich warne einen jeden, meiner Frau
Marie Jajinski, geb. Marx, etwas zu
borgen, da ich für nichts aufkomme.
G. Jajinski, Friedrichselderstr. 90.
Zegel. Bei Frau Schulz wird jede
Art Wäsche gewaschen und billig
sauber geplättet. Charlottenburger-
straße 68, Ecke Schladerstraße. 22236

**Unentgeltliche
Behandlung**
Minderbemittelter. Heilanstalt unter
ärgtl. Leitung. O. an der Stadtbahn 88, L.
täglich 8-5 Uhr. 40478*
Unbemittelten Kindern Musikunter-
richt. Off. „Konseratorium“ Postamt 79.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilg.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigen, Kerviddien bei
Beteiligung umsonst.
Gudel, Kaufplatz 2, Elbasserstr. 12
Strickwoll-Nette, Jephyr, Rockwolle
zu Partipreisen jetzt Holzmarktstr. 60,
Dof links 1 Z.

Täglich, auch Sonntags vorm. von
7-9 Uhr: 40418*
**Verkauf von gelohem
Rind- u. Schweinefleisch**
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.

**Sophastoff-
= Reste =**
in Rips, Damast, Cröpe,
Phantasie, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferhölle Berlin S.,
**Emil Lefèvre, Oranienstraße
158.**

Cigarren — Gigaretten,
gediegenes, eigenes Fabrikat, unüber-
trefflich an Reizität und Güte.
Hermann Wicht,
42788* Dresdenerstraße 16.

Hirshfleisch Pfd. 30 und 40 Pf.,
vom Blatt 50, Reule 70.
Blutrische Hasen 2,75 M., gepickelt 3,25.
Oderbruch-Gänse, Pfd. 50-55 Pf.
Wild- u. Geflügel-Keller
87, Dresdenstr. 87.
A. Ritschl, Eingang vom Flur.

alte Stiefeln, ausw. Bestellung. u.
Reparatur, Reparaturen voll u.
billig Dresdenerstr. 49, Rung.

Original-Löwenbitter ist aus passenden
Kräutern abdestillirt be-
fördert vorzüglich die Ver-
daung und regt besonders
den Appetit an.
In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,30.
Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Senft-Strasse 2.

Zur Pestalozzi-Feier.
Pestalozzi's Ideen
über
**Arbeiterbildung
und soziale Frage.**
Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Zum
Reichsgründungs-Jubiläum.
Der Mythos
von der Begründung des
Deutschen Reiches.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.
Sedanfeier und Sozial-
demokratie.
Preis 10 Pf. Porto 5 Pf.
Der Septemberfest
vor dem Reichstag.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.

Gegenüber dem Reichthum,
den Thatsachen widersprechenden
Durrahpatriotismus geben diese
Droschüren nicht bloß die histo-
rischen Thatsachen in ihrem
wahren Sichte, sondern widerlegen
auch die landläufigen, immer
wiederholten Beleidigungen der
Sozialdemokratie in dieser Be-
ziehung. 238 20

Grüntraumgeschäft mit Welle und
Kohlen umständelhalber zu verkaufen.
Giffis, Stralauerstr. 20. 21100

Einzig in Berlin.
Willy Reinhard
ca. 10 Jahre als erste Kraft thätig
gewesen bei Herrn Conrad,
Berlin NO., sowie längere Zeit
in der Universitäts-Klinik bei
Herrn Prof. Dr. L. Warnekros.
Berlin, Prinzenstr. 103,
Ecke Wasserthorstraße.
Sprechstunden v. 8-1 u. 8-8 Uhr,
Sonntags v. 9-2 Uhr.

Künstliche Zähne
thatsächlich das Beste auf diesem
Gebiete. Garantie. Theilzahlung
pro Woche 1 M. gestattet. Nur
ein Preis. 3 M., bisher
4,50 M. M*

Plomben
in Emaille, Silber, Kupfer, exll.
Gold 2 M., bisher 3 M.
Nur ein Preis.
Zahnreinigen sowie Zahnziehen
wird bei künstlichen Zähnen und
Plomben nicht berechnet.

Neu! Vollständig Neu!
schmerzloses Zahnziehen
mittels Elektrizität. Nur ein
Preis. 50 Pf., bisher 1 Mark.
Entrabrechnung ausgeschlossen.
Willy Reinhard, Dentist,
Mitgl. d. Kaufm. Vllsöv. z. Berlin.

Besteht nur diebst.
Bei einer Lieferung
unabhängig
2000 Stück legant
**Arnee-
Pferde-Decken**
werden wegen warmer, nicht ganz
sofort abgeworfener Decken im Herbst
billigen Preise von M. 4,25 per Stück
bietet an. Unverwundbar.
Diese Decken — unzerstörbar —
halten — Decken im warmen wie
ein Felt, ca. 150 x 100 cm groß, (wie
benutzt das ganze Pferd bedeckend), dauer-
haft und mit den besten Nerven aus
2 besten Streifen (Woll) gefertigt.
H. Böhm

**engl. Sport-
Pferde-Decken,**
goldgrün und erdgrün, Größe ca.
160 x 200 — leicht mit praktischen
seiden Gurten versehen, welche wegen
seiner geringen Größe vom Reiter
nachdem Bedeckung à M. 6,25 per
Stück, lenk M. 15.
Sollte geprüfte Bekleidungen,
wird mit ganz Vorbeachtung der
Reinigkeit der Decken angefertigt
werden, an den General-Vertreter der
„Vereinigten Wollweber-Industrie“
G. Heubach, Berlin W., Leipziger-
straße 115.
Für nicht Inhaberbed.
verpflichtet ich mich, den nächsten
Besuch zurückzuführen.

große und kleine
Gesunde Wohnungen.
Gartenausicht, von
Ballon, kein vis-à-vis, hinten mit
Garten, auch ohne, billig. [21826*
Schönhauser Allee 150, 1.
Buttuserstraße 26
gesunde, kleine Wohnungen per sofort,
auch zum 1. April 1896 bis, zu verm.
Frei, möbl. Zimmer an 1 auch 2 Herren
billig zu vermieten Neuenburgerstr. 30,
Gartenhaus part. z. 2219

Große öffentliche Holzarbeiter- Versammlungen

Westen und Südwesten
am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, in der
Vod-Druckerei, Tempelhofer Berg.

Norden und Moabit
am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in der
Norddeutschen Druckerei, Chausseest. 58.

Osten und Südosten
am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr,
in Keller's Festsaal, Koppenstr. 29.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen:

1. Wie stellen sich die Holzarbeiter Berlins zu einer Lohnbewegung?
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Referenten: **Millarg, Glocke und Wiedemann.**
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen,
in diesen Versammlungen zu erscheinen. **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Friedrichsberg-Rummelsburg.
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Mertens, Kant- und Goethestraßen-Ecke.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Lohnbewegung. 2. Wahl von Vertikalkontrollleuten. 3. Ver-
schiedenenes. **Die Ortsverwaltung.**

Möbelpolierer!

Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr, bei Keller,
Koppen-Strasse Nr. 29:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Debatte vom 12. Januar: Unsere Forderungen.
2. Wie stellen sich die Polierer zum internationalen Kongress der Holzarbeiter?
Erstehen ist Pflicht jedes Kollegen. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Achtung!
Fachverein der Holz- und Bretterträger
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 19. Januar 1896, vormittags 10 1/2 Uhr,
bei Herrn Ewald, Schulzeinstr. 6:

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 2. Abrechnung
vom vierten Quartal 1895. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
84/8 **Der Vorstand. W. Rubin.**

Fachverein der Stellmacher
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstr. 57:

General-Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnung vom letzten Quartal. Vereinsangelegenheiten.
NB. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. im Monat
in obigem Lokale statt. 150/9 **Der Vorstand.**

Achtung, Zimmerer!
Berein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 19. Januar 1896, vormittags 10 Uhr,
in Cohn's Festsaal, Reuthstraße 22:

General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 2. Vereins-
angelegenheiten. 3. Was bedeutet für uns der nächste Gewerkschaftskongress?
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches und zahlreiches Er-
scheinen notwendig. **Der Vorstand. J. A.: Obst. 1257/12**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(E. H. No. 2, Sitz Hamburg.) Ortsverwaltung Berlin.
Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn,
Reuthstraße 22:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 2. Wahl der Revisoren. 3. An-
träge zur General-Versammlung. 4. Wahl der Delegirten. 5. Antrag Beon-
hardt: Gründung einer Filiale für den Stadttheil Wedding - Gesundbrunnen.
259/7* **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der
Tischler und Pianoforte-Arbeiter.
Am Sonntag, den 26. Januar 1896, vormittags 10 Uhr,
finden die Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer zu den
General-Versammlungen statt.

Im Bezirk des Kassirers **P. Scholz** in Zubeil's Lokal,
Lindenstr. 106, sind 37 Delegirte zu wählen.
Im Bezirk des Kassirers **P. Kröhn** im Kolberger Salon,
Kolbergerstr. 23, sind 37 Delegirte zu wählen.
Im Bezirk des Kassirers **C. Post** im Lokale „Südost“,
Waldemarstr. 75, sind 46 Delegirte zu wählen.
Im Bezirk des Kassirers **A. Schulze** in Nieff's Salon,
Weberstr. 17, sind 41 Delegirte zu wählen.
Die freiwilligen Mitglieder wählen in den betreffenden
Bezirken, in denen sie wohnen. 2220b
Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 19. Januar 1896, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille, Andreas-
straße 28.

Tagesordnung:
1. Kassenabrechnung vom 4. Quartal
1895. 2. Wahl der Delegirten zur
Generalversammlung. 54/3
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Bevollmächtigte.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse
der Metallarbeiter
(Filiale Berlin 3).
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, den 18. Januar,
abends 8 1/2 Uhr,
Mantuffelstraße Nr. 46.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Statuten-Ve-
rathung. 3. Verschiedenes. 2219b
Da in diesem Jahre eine General-
versammlung stattfindet, ist es Pflicht
eines jeden Mitgliedes, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungs-
und Begräbnisverein der Bau-
und gewerblichen Hilfsarbeiter
Berlins.
Generalversammlung
Sonntag, den 19. Januar, vormittags
11 Uhr, im Lokale Cuzarek, Lange-
straße 65. 80/3

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegen-
heiten und Verschiedenes.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu er-
scheinen. **Der Vorstand.**

Die
Mitgliederversammlung
der Bau- und gewerblichen
Hilfsarbeiter für Schöneberg
und Umgegend
findet am Sonntag, den 19. Januar,
nachmittags 1 1/2 Uhr, in Obf's
Salon, Brunnenwaldstr. 110, statt.
99/6 **Der Vorstand.**

Der Verein
„Brüderbund“
arrangirt am Sonnabend, den 18. d. M.,
Müllerstr. 178 einen
22155

Maskenball.
Freunde und Gönner, welche geneigt
sind, dem Fest mit beizuwohnen, können
nach Billets im Lokal Uedomstr. 22 in
Empfang nehmen.

Vertreter gesucht
für einen ganz neuen patentirten
Bureau-Artikel,
welcher überall den größten Anklang
findet und spielend leicht zu verlaufen
ist. Offerten sind T. 100 an Haason-
stein u. Vogler A.-G., Frankfurt a. M.
Nur ernstliche Reflektanten finden Be-
rückichtigung.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Böttig, Berlin S., Feingestr. 46,
verleiht gegen Rückgabe (nicht unter 10 M.)
garant. neue vorzügliche Matratzen-Bettfedern,
b. 50 Pf. Goldbunnen, 70 Pf. 1.25,
h. weiße Goldbunnen, 3 Pf. 1.75,
vorzügliche Dunnen, b. 2 Pf. 2.85.
Von diesen Dunnen genügen
3 Pfund zum größten Oberbett.
Herstellung wird nicht brodet.

Arbeitsmarkt.
Geübte Arbeiter an der Schrauben-
druckbank sucht die
Brennerfabrik Köpnickstr. 154a.
Tüchtige Hammerkopfmacher werden
verl. W. Berlin, Urbanstr. 87. 2217b
Metalldreher auf chirurgische
Spritzen verlangt M. Bräse, Potsdam,
Heinrichstr. 3.
Mehrere tüchtige
Metalldreher
a. Spritzen gesucht, ebenso mehrere Dreher
auf Hartgummi-Spritzen nach auswärts.
Dauernde Arbeit unter günstigen Be-
dingungen. Offerten unter N. 1900
an die Exp. d. Bl. 2222b*
Vergolder, Versilberer und Ver-
silberinnen auf Leisten verl. Glische,
Neu-Weißhofer, Charlottenburgerstr. 108.
Arbeiter (Ausschneider etc.) auf Perl-
mutter finden dauernde Beschäftigung
bei Grosinsky & Eisenaack, Köpnick-
straße 154a. 2200b
Flavierkammer
Weiblich, Friedrichstr. 244 3 Tr. 12066b

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonntag, den 19. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Hirte, Elisabethkirchstr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: Glaube und Vernunft.
2. Diskussion. 3. Jahresbericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten.
Den Kollegen zur Nachricht, daß die Versammlung pünktlich eröffnet
wird. In Anbetracht des wichtigen Vortrages werden die Kollegen des
Südosts und Südostens gebeten, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
Zu der Volksvorstellung am 26. Januar, nachm. 8 Uhr, im Belle-Alliance-
Theater sind Billets à 60 Pf. bei H. Drabuit, Solmsstr. 85, 4 Tr. links, und
im Vereinslokal, Naunpstr. 78, zu haben. 149/9

Jr. Vereinigung aller in der chirurg. Branche beschäft. Berufsg.
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr,
in Gründel's Salon, Brunnen-Strasse Nr. 188:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Beschlußfassung über Erhöhung der Beiträge. 3. Vor-
standswahl. 4. Verschiedenes. 49/19
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Zentral-Verband deutscher Maurer.
Zahlstelle Berlin II.
Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Cohn, Reuthstraße 22:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vortrag des Genossen **Paul Jahn**
über: „Der Werth der Verkürzung der Arbeitszeit.“ 3. Bericht und Neuwahl
des Vorstandes. — Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.
198/9 **Die örtliche Verwaltung.**

Achtung! Dt.-Wilmerdorf. Achtung!
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr,
im Lokale des Restaurateurs **H. Klingenberg**, Berlinerstr. 40:
Große öffentl. Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort des Gemeindevorstandes auf unsere Petition behufs
Errichtung eines Gewerbegerichts am hiesigen Orte und das Bedürfnis nach
einem solchen. Referent: Herr Gewerbegerichtsbesitzer **R. Millarg** - Berlin. 204/4
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Herren Interessenten, welche die Petitionslisten unterzeichnet haben,
sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. **J. A.: O. Norro.**

Achtung, Metallarbeiter Schönebergs!
Sonnabend, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Brunnenwaldstraße 110:
Große öffentliche Versammlung
aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Schönebergs und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Der Druck der bestehenden Klassen auf die Arbeiter. Referent:
Kollege **S. Kohlradt**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 120/3
Entree 10 Pf. **Der Einberufer.**

Achtung, Coepenick!
Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.
Dienstag, den 21. Januar, abends punkt 8 Uhr,
im Vereinslokal **A. Schulz**, Schönerlinderstraße:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung: 7/12
1. Vortrag: Pestalozzi und seine Bedeutung für die moderne Arbeiter-
bewegung. Referent: Schriftsteller **Heinrich Schulz** - Berlin. 2. Diskussion.
3. Vierteljahresabrechnung. 4. Vereinsangelegenheiten.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, sämmtlich zu erscheinen und Gäste
zahlreich einzuführen. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für Teltow - Beeskow - Charlottenburg.
Sonntag, den 19. Januar,
im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmerdorferstraße 39:
Ensemble-Gastspiel des National-Theaters.
Heimath.
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann. Regie: J. Lütt.
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Billet 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Gemüthliches Beisammensein.**

Dienstag, den 21. Januar 1896, abends 8 Uhr, „Bismarckshöhe“,
Wilmerdorferstraße 39:
Versammlung.
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Förster**. Diskussion. Abrechnung
vom vierten Quartal. 250/3
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Tempelhof.
Mariendorf.
Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, bei Teutschbein-Marlenfelds:
General-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vor-
standes. 4. Fragelasten. — Mit dieser Versammlung beginnt ein
Zyklus von drei Vorträgen über: Die mohamedanisch-arabische
Kulturperiode. Referent: Genosse **Stabu Bruno**, worauf wir
die Parteigenossen besonders aufmerksam machen. 12/2
Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.
Berlin D. (Moabit).
Sonnabend, den 18. Januar 1896,
in den gesammten Räumen der **Kronen-Brauerei**, Alt-Moabit 47/49:
Grosser Wiener Maskenball
zu gunsten des Invalidenfonds. Anfang 8 Uhr abends. Entree 50 Pf.
Die nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Februar, vormittags
10 Uhr, im Moabiter Klubhaus, Beusselstraße 9a, statt. 182/3
Die Ortsverwaltung.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger
Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski**, Spittelmarkt 13

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Gloske in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin.